

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pf. Telefon Nr. 585

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. find an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Betreibt die Hausagitation!

In einer Reihe von Ortsgruppen ist die Hausagitation im vollen Gange und hat hier und da schon bemerkenswerte Erfolge gezeitigt. Wo diese Werbearbeit noch nicht in Angriff genommen ist, muß es sofort geschehen. Keine Ortsgruppe, Jahrsstelle oder Sektion darf hier versagen.

Zuerst heißt es, die nötigen Adressen sammeln, dann die Vertrauensmänner und eifrigen Kollegen zusammenschließen, die Adressen auf kleine Bezirke verteilen und an je zwei Kollegen zur weiteren Bearbeitung übergeben. Der erste Gang wird in der Regel weniger Erfolg aufweisen, aber beim wiederholten Besuch wird sich mancher unorganisierte Kollege überzeugen lassen und für uns gewonnen werden.

Nähere Anweisungen und Winke zur praktischen Durchführung der Hausagitation sind im Leitartikel in Nr. 45 unseres Organs (1908) enthalten, auf den wir hiermit nochmals dringend hinweisen.

Die Zeit ist jetzt für die Hausagitation günstig, wir gehen allen Anzeichen nach wieder einer besseren Konjunktur sowie dem Frühjahr entgegen. Diese Situation muß mit allen verfügbaren Kräften ausgenutzt werden.

Die Ergebnisse der Hausagitation werden im Organ veröffentlicht. Alle Gruppen haben darüber Bericht zu erstatten; auch diejenigen werden genannt werden müssen, die nichts getan und somit nichts erobert haben. Jetzt muß ein edler Wettstreit unter den Ortsgruppen entstehen um die Ehre, welche Gruppe dem Verbands die meisten Mitglieder durch die Hausagitation gewinnen wird.

Unfallstatistik und Metallindustrie.

Das Reichsversicherungsamt muß nach Abschluß eines jeden Rechnungsjahres über die gesamten Rechnungsergebnisse der Unfall-Versicherungsgesellschaften eine Nachweisung aufstellen, die von dem Reichszentraler oder seinem Stellvertreter dem Reichstage vorzulegen ist. So wollen es der § 111 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und die gleichartigen Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze. Vor einigen Wochen ist dem Reichstage die Nachweisung der Rechnungsergebnisse vom Jahre 1907 unterbreitet worden. Uns Metallarbeiter interessieren in dieser umfangreichen Nachweisung, die sich fast ganz in Zahlen erschöpft, vornehmlich die Nachweise jener Versicherungsgesellschaften, die die Metallindustrie und verwandte Berufe in sich schließen. 13 Versicherungsgesellschaften kommen da in Frage, auf welche sich somit die nachfolgende Abhandlung erstrecken wird.

1. Zahl der versicherten Betriebe und Personen.

Präziser müßte es heißen: Zahl der versicherten Betriebe und der in diesen beschäftigten eventuell entschädigungsberechtigten Personen. Denn die Unfallversicherung unterscheidet sich von der Kranken- und Invalidenversicherung dadurch, daß die Versicherungsgesellschaften die Betriebe als Versicherte im Kataster führen; erhält ein Arbeiter etc. dann bei der Beschäftigung in dem oder für den Betrieb einen Unfall, so hat er, wenn der Unfall Schaden für den Verletzten im Gefolge hat, Anspruch auf Entschädigung. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Unternehmer seinen Betrieb bei der betreffenden Versicherungsgesellschaft als versicherungspflichtig hat eintragen lassen oder nicht. Die Entschädigungspflicht der Versicherungsgesellschaft ist gegeben, wenn der Unfall in dem Gefahrenbereich eines versicherungspflichtigen Betriebes erfolgt ist.

In der letzten, nicht überschriebenen Kolonne der am Kopf der nächsten Spalte stehenden Tabelle haben wir die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Betriebsbeamten und Arbeiter angegeben. Ein Vergleich derselben mit der vorletzten Kolonne zeigt, daß bei sechs Versicherungsgesellschaften die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen. Der Fettdruck der betreffenden Spalten erleichtert die Uebersicht. Bei

Berufsgenossenschaften	Betriebe	versicherte Personen überhaupt	Vollarbeiter*)	
RG. der Feinmechanik	5802	222958	222958	222828
Südb. Eisen- u. Stahl-VO.	12214	210246	197648	209216
Südwestdeutsche Eisen-VO.	686	76657	76412	76514
Rheinisch-Westf. Hütten- u. Walzwerks-VO.	222	171672	174864	171672
Maschinenbau- und Klein-eisenindustrie-VO.	7785	227091	227091	225462
Sächsisch-Thüringische Eisen- u. Stahl-VO.	5792	160860	153144	130889
Nordöstliche Eisen- und Stahl-VO.	5652	127431	121889	127185
Schlesische Eisen- und Stahl-VO.	2014	114714	111481	112220
Nordwestliche Eisen- und Stahl-VO.	5961	161010	146452	161010
Südwestdeutsche Eisen- und Uebelmetall-VO.	2361	78106	78106	78074
Norddeutsche Metall-VO.	3678	186632	122823	187719
Chemische Industrie-VO.	8618	214904	214904	207704
Schmiede-VO.	54728	154426	118007	87742
Summa	115356	2358707	1968679	1980565

*) Vollarbeiter: Zahl der Arbeitstage (Schichten) geteilt durch 300. fünf dieser Versicherungsgesellschaften sind aber noch eine ganze Anzahl versicherte Betriebsunternehmer und andere Versicherte zu verzeichnen. — z. B. zählt die Schmiedeversicherungsgesellschaft noch 66 886 versicherte Betriebsunternehmer (Handwerksmeister) — so daß bei diesen die Zahl der Vollarbeiter geringer ist, wie die der Versicherten überhaupt (Spalte II). Bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Versicherungsgesellschaft aber gibt es nur versicherte Betriebsbeamte und Arbeiter, so daß einzig bei dieser Versicherungsgesellschaft die Zahl der Vollarbeiter, die Zahl der versicherten Personen überhaupt übersteigt.

Was das zu bedeuten hat, zeigen die Vorbemerkungen zu den Rechnungsergebnissen. Es heißt darin: „Wo die Zahl der Vollarbeiter die Zahl der durchschnittlich Versicherten übersteigt, ist in den betreffenden Industriezweigen usw. entweder an mehr als 300 Tagen im Jahre gearbeitet worden, oder es war auf kürzere Zeit eine größere Zahl Hilfsarbeiter eingestellt, die in der Zahl durchschnittlich Versicherten nicht enthalten ist, deren Arbeitstage aber bei Ermittlung der Vollarbeiter in Rechnung zu stellen waren.“

Selbst angenommen, die Betriebe letzterer Versicherungsgesellschaft hätten „auf kürzere Zeit eine größere Zahl Hilfsarbeiter eingestellt, die in der Zahl der durchschnittlich Versicherten nicht enthalten ist, deren Arbeitstage aber bei Ermittlung der Vollarbeiter in Rechnung zu stellen waren,“ so würde diese Zahl doch bei weitem kompensiert werden durch die vielen Krankheitstage, die bei den in Rechnung gezogenen Arbeitern zu verzeichnen sind. Die nachstehenden Zahlen der Versicherungsgesellschaften ergeben also folgendes Bild: Die 171 672 versicherten Personen der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksversicherungsgesellschaft haben 174 864 x 300 Arbeitstagen im Jahre 1907 geleistet; das macht pro Versicherten (Beamte und Jugendliche eingerechnet) 305,6 Arbeitstagen pro Jahr. Da aber ohne Zweifel gerade im Eisen- und Stahlgewerbe die Zahl der Krankheitstage viel größer ist, wie die Zahl der Arbeitstagen der vorübergehenden Hilfsarbeiter, so wird die Zahl der Arbeitstagen auf die einzelne Person noch erheblich erhöht werden können. In der Statistik ist aber nicht berücksichtigt die Stundenzahl der Arbeitstagen; wäre die in Anrechnung gezogen, so würde sich das Bild noch bedeutend zu Ungunsten der 222 Betriebe in Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Stahlgewerbe verschieben.

2. Unfallanzahl.

Zahl aller Verletzten, für welche im Laufe des Rechnungsjahres 1907 Unfallanzeigen erstattet worden sind:

Berufsgenossenschaften	abfolgte	auf 1000 versicherte Personen	Vollarbeiter
RG. der Feinmechanik	10386	46,00	46,00
Südb. Eisen- u. Stahl-VO.	14274	67,00	72,00
Südwestdeutsche Eisen-VO.	8391	109,10	109,00
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-VO.	30260	176,27	173,00
Maschinenbau- u. Klein-eisenindustrie-VO.	16817	74,00	70,00
Sächsisch-Thüringische Eisen- u. Stahl-VO.	11040	68,00	70,00
Nordöstliche Eisen- und Stahl-VO.	12575	98,00	103,00
Schlesische Eisen- und Stahl-VO.	10569	92,10	94,00
Nordwestliche Eisen- und Stahl-VO.	13942	86,00	95,00
Südwestdeutsche Eisen- und Uebelmetall-VO.	2110	27,00	27,00
Norddeutsche Metall-VO.	5576	40,00	45,00
Berufsgenossenschaft der chem. Industrie	13034	60,00	60,00
Schmiede-Berufsgenossenschaft	3593	23,00	30,00

Wiederum marschiert die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerksversicherungsgesellschaft an der Spitze. Ihr folgt die Südwestdeutsche Eisenversicherungsgesellschaft, die die schwere Industrie von Saar und Lothringen in sich birgt. Daß erstere Versicherungsgesellschaft die größte Zahl Unfälle aufzuweisen hat, ist bei der großen Zahl von Arbeitstagen der in ihr versicherten Arbeiter kein Wunder. Denn niemand kann ernstlich bestreiten, daß übermüdete Arbeiter viel mehr der Unfallgefahr erliegen wie andere.

3. Unfallfolgen.

Im Laufe des Rechnungsjahres zum ersten Mal entschädigte Unfälle:

Berufsgenossenschaften	Folgen der Verletzungen			Zusammen auf 1000 versicherte Personen			Jugendliche (unter 16 Jahren)			Erkrankte		
	Erwerbsunfähigkeit	tot	heilungswillig	tot	heilungswillig	heilungswillig	m.	w.	m.	w.	m.	w.
RG. der Feinmechanik	416	64	64	64	64	1 481	8	99	1 297	1 001	254	872
Südb. Eisen- u. Stahl-VO.	1 072	10,65	10,65	10,65	10,65	2 105	2	18	1 953	1 434	264	872
Südwestdeutsche Eisen-VO.	270	10,74	10,74	10,74	10,74	821	35	—	786	1 650	1 873	850
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-VO.	828	15,72	15,72	15,72	15,72	2 748	68	—	680	1 589	254	872
Maschinenbau- und Klein-eisenindustrie-VO.	586	10,15	10,15	10,15	10,15	2 308	180	25	2 006	1 001	264	872
Sächsisch-Thüringische Eisen- u. Stahl-VO.	677	7,07	7,07	7,07	7,07	1 104	69	38	1 001	1 001	264	872
Nordöstliche Eisen- und Stahl-VO.	665	12,30	12,30	12,30	12,30	1 510	61	15	1 434	1 434	264	872
Schlesische Eisen- und Stahl-VO.	1 139	16,27	16,27	16,27	16,27	1 813	120	41	1 650	1 650	264	872
Nordwestliche Eisen- und Stahl-VO.	590	11,49	11,49	11,49	11,49	1 674	74	11	1 589	1 589	264	872
Südwestdeutsche Eisen- und Uebelmetall-VO.	116	5,43	5,43	5,43	5,43	424	25	136	254	254	264	872
Norddeutsche Metall-VO.	138	9,03	9,03	9,03	9,03	1 109	70	162	872	872	264	872
Berufsgenossenschaft der chem. Industrie	635	9,48	9,48	9,48	9,48	2 038	49	110	1 873	1 873	264	872
Schmiede-Berufsgenossenschaft	793	7,37	7,37	7,37	7,37	929	70	8	850	850	264	872

Nicht alle Unfälle ziehen eine Rente nach sich, vielmehr nur solche, die nach Abschluß des Jahres

nicht in diesen Ziffern ausgedrückt. Es ist geradezu erschreckend, wie eine Zerspaltung innerhalb dieser Zeit eingetreten ist, da die Zahl der Kassen von 1894 im Jahre 1885 sich auf 23 232 bis 1907 erhöhte. Hier wird die kommende Reform bei der Krankenversicherung einzusetzen haben, denn nur eine größere Zentralisation wird es ermöglichen, daß höhere Leistungen bei den Kassen erzielt werden.

Bei der Gemeindefrankenversicherung hat die natürliche Entwicklung bereits einen Anhang zur Besserung der Verhältnisse angebahnt; denn dieselben sind von 1906 auf 1907 bereits um 76 zurückgegangen. Möge man bei der Reform das Werk der Gesundung vollenden und diese Kassenart rundweg beseitigen, denn das erfordert die Gerechtigkeit und das Interesse an der Erhaltung eines gesunden sowie leistungsfähigen Arbeiterstandes. Diese rückständigste Art der Krankenversicherung ist einfach unhaltbar geworden, was wohl jeder Kenner der Verhältnisse bestätigen wird. Vor allem geht es heute nicht mehr an, vom Arbeiter bloß Beiträge zu verlangen, ihn aber auf die Kasse und ihre Leistungen jeglichen Einflusses zu berauben. Der selbe verlangt dort, wo es um sein Wohl und Wehe geht, ein Wort mitzureden zu können; seine Ansicht und Meinung über die Durchführung und Leistungen einer solchen Einrichtung müssen im Interesse der Kasse gehört, und womöglich auch gewürdigt werden. Woher soll er das Vertrauen zur Kasse nehmen, wenn man ihn völlig ausschaltet bei den wichtigsten Fragen und Angelegenheiten.

Aber nicht bloß prinzipielle Gesichtspunkte sind es, welche diese Kassenart unmöglich für die Zukunft machen dürften, sondern vor allem kommt auch noch die materielle Benachteiligung der Mitglieder dabei in Betracht. In dieser Beziehung dürfte wohl der vorzüglichste Tageslohn, welcher bei der Gemeindefrankenversicherung eine so große und wichtige Rolle spielt, das erste Schmerzenskind genannt werden. Nach diesem richtet sich das Krankengeld. Studiert man die Statistik der ortsüblichen Tagelöhne, so liegt die Schädigung der Arbeiter auf der Hand, denn unter diesen finden sich heute noch Sätze von 1,20 Mark. Ein Zustand, der der dringendsten Beachtung bedarf. Ferner kennt diese Kassenart keine Wöchnerinnenunterstützung, ebenso kein Sterbegeld.

Welch ein gewaltiger Unterschied zwischen den Leistungen der Gemeindefrankenversicherung und den Ortskrankenkassen besteht, zeigt sich deutlich, wenn wir nur die Unterstützungen, welche diese Kassen an Schwangere und Wöchnerinnen bezahlten, und das Sterbegeld in Betracht ziehen. Nehmen wir das Jahr 1907: Die Gemeindefrankenstellen haben für Wöchnerinnen die Summe von 50 Mark als Ausgabe zu verzeichnen, während die Ortskrankenkassen für denselben Zweck den Betrag von 3 681 079 Mark ausgaben. Ähnlich liegen die Dinge bei den Ausgaben bei Todesfällen. In demselben Jahre bezahlten die Gemeindefrankenstellen an Sterbegeld 50 Mark, die Ortskrankenkassen dagegen 3 517 833 Mark. Hinzu kommt ferner noch, daß die Ortskrankenkassen das Recht haben, ihre gesetzlichen Leistungen wesentlich zu erweitern und zu erhöhen. Wir erinnern beispielsweise nur an die Familienversicherung, die von einem Teil dieser Kassen schon längst durchgeführt ist.

Bei einigem Studium dieser Zahlen läßt sich sehr leicht erkennen, wie die deutsche Arbeiterschaft durch die allzu starke Entwicklung der Gemeindefrankenversicherung benachteiligt wurde. Auch die Betriebskrankenkassen, und deren Entwicklung, kann man von unserem Standpunkte aus nur verurteilen. Sind auch die gesetzlichen Leistungen derselben die gleichen, wie die der Ortskrankenkassen, so muß vor allem die Rechtlosigkeit der Arbeiter in denselben ungemein bedauert werden. Nach dem Gesetz sollten auch in diesen Kassen die Arbeiter das Recht der Mitverwaltung besitzen, allein das dort zutage tretende Abhängigkeitsverhältnis ist viel zu stark, um von einem Verwaltungsrecht in der Praxis reden zu können. Die Unternehmer haben durch die faktisch bekannten Praktiken ihrer Betriebskrankenkassen sich heute eine förmliche Monopolstellung in der Ausübung der Arbeitskräfte geschaffen, was umso mehr zu bedauern ist, als dadurch die schlechten Risiken auf die Orts- und Gemeindefrankenstellen abgewälzt werden, bei diesen eine günstige Entwicklung vielfach verhindert und so allgemein, insbesondere aber arbeiterschädigend wirken. Vor allem hätte auch der Kleinbetrieb allen Grund, die weitere Entwicklung dieser Kassen zu beachten, denn wenn die Industrie durch diese Kassen die gesunden, vollwertigen und deshalb leistungsfähigsten Arbeitskräfte immer mehr an sich zieht, wird der ohnehin erschwerte Konkurrenzkampf für ihn immer schwieriger. Köstlich gelingt es bei der bevorstehenden Reform, die Betriebskrankenkassen zu beseitigen, oder doch wenigstens einzudämmen. Nebenfalls sind die heutigen Zustände nicht mehr zu halten, daß manetwegen ein Unternehmer, wenn in der Ortskrankenkasse ordentliche Beiträge verlangt werden, um beispielsweise Familienversicherung durchzuführen zu können, derselbe dann das Recht hat, mit 50 Mann eine Betriebskrankenkasse zu gründen, um die Gesundheit und das Wohlergehen jener Arbeiter nicht so viel bezahlen zu müssen.

Auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen ist sehr interessant. Sie gibt gleichsam ein Spiegelbild von der Entwicklung unseres Erwerbslebens. Im Jahre 1885 gab es in Deutschland 4 294 173 Personen, welche der reichsgesetzlichen Krankenversicherung unterstellt waren. 1898 betrug sich deren Zahl auf 8 502 845 und heute zählen wir 12 738 966. Also eine Zunahme von nahezu 200 Prozent. Der Abwärtstrend dieses Zustroms entfällt auf die Ortskrankenkassen. Von 2 220 731 Mitgliedern im Jahre 1888 stiegen sie bis 1907 auf 6 194 108. Ihnen folgen die Betriebskassen mit 1 194 667 im Jahre 1888 und 3 156 221 1907. Etwas weniger günstig gestalteten sich die Zahlen bei der Gemeindefrankenversicherung, denn sie stiegen im selben Zeitraum von 770 959 auf 1 564 756 Versicherte. Prozentual fällt die größte Mitgliedersteigerung den Innungsstellen zu, denn 1888 hatten sie 55 428 Versicherte, 1907 264 122. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als auch die Zahl dieser Kassen eine Mehrung um 250 Prozent erfuhr. Hier greift die größte Zerspaltung Platz. Einen Abgang ihrer Mitglieder weisen die Baukrankenkassen und die landbesitzlichen Ortskassen nach. Erstere fielen von 28 627 auf 19 697 und die letzteren von 142 895 auf 86 020 Versicherte.

Mit der Entwicklung unserer Großindustrie und der Mitgliederzahl der Kassen steigerten sich auch die Erkrankungsfälle und die Zahl der Krankentage. So erkrankten 1888 1 762 520 Versicherte und erreichten 29 528 770 Krankentage und 1907 4 956 388 Personen mit 97 148 780 Krankentagen. Hier zeigt sich, daß heute im Durchschnitt die erkrankte Person längere Zeit zu ihrer Heilung und Wiederherstellung bedarf. Diese eben angeführten Ziffern führen eine berechtigte Sprache darüber, was die deutsche Arbeiterschaft bei der heutigen Produktion und Gesundheit opfern muß und welche gewaltigen materiellen Nachteile sich daraus für dieselben ergeben.

An Krankengeld wurden verausgabt im letzten Berichtsjahr 121 416 115 Mark. Rechnen wir diese Summe doppelt, da das Krankengeld die Hälfte von dem Lohnsatz beträgt, der zur Berechnung der Beiträge in Frage kommt, so ergibt sich ein Mindestlohnausfall von 242 832 230 Mark im Minimum, da der meiste Teil nicht verdient, als obiger Lohnsatz annimmt. An Lohnausfall und Behandlungskosten kommen gering gerechnet 350 Mill. für Erkrankungen im Jahre 1907. Im Jahre 1908 hatten wir eine Zunahme der Versicherten um 504 912 gegenüber 1907. Dabei betrug der Rückgang an Erkrankungen 27 692, die Krankentage sanken um 637 691. 1907 ergibt sich bei einer Mehrung der Mitglieder von 459 578 eine Steigerung der Erkrankungen um 532 672 und eine solche der Krankentage von 9704 175. Demgemäß steigerten sich auch die Ausgaben um 32 093 902 Mark in einem Jahre. Ein bemerkenswertes Ergebnis ist die Tatsache, daß die durchschnittlichen Krankheitskosten von 11,40 Mark pro Mitglied im Jahre 1885 auf 22,56 Mark sich erhöhten. Daß davon die Ärzte einen beträchtlichen Prozentsatz an höheren Behandlungskosten beanspruchen, ist selbstverständlich. Die Gesamteinnahmen mehrten sich von 79 304 810 im Jahre 1888 auf 319 592 187. Die Gesamtausgaben von 67 729 060 auf 299 094 756 im Jahre 1907.

Aus der Emaille-Industrie.

Von einem lange Jahre in der Emailleindustrie beschäftigten Kollegen wird uns folgende Geschichte erzählt: „Zweifellos gehört die Emailleindustrie mit zu denjenigen Berufen in der Metallbranche, die in den letzten Jahren durch die kapitalistische Betriebsform die Arbeiter schwer in Mitleidenschaft gezogen hat. Besonders in der jetzigen schlechten wirtschaftlichen Konjunktur haben die Emaille-Arbeiter und Arbeiterinnen viel zu leiden. Sei es durch Lohnabzüge, Feterschichten, Betriebsbeschränkungen und auch durch schlechte Behandlung. Ein drastisches Beispiel wurde erst kürzlich in unserm Verbandsorgan aus Fulda berichtet.“

Aber auch anderwärts ist es nicht besser. So haben wir, eingearbeitete Auftrager im Emaillewerk zu Thale a. S. bei intensiver Arbeit bei 10stündiger Arbeitszeit im vergangenen Jahre in Afford pro Tag 2 Mk. und darunter verdient. Außerdem wird dort für Ausschub noch 8-10 Prozent vom verdienten Lohn abgezogen. Ganz gleich, ob die Arbeiter den Ausschub verschuldet haben oder nicht. Auch in gesundheitlicher Beziehung ist der Emaillearbeiter recht schlecht gestellt. Durch das Einatmen von Emaillestaub, die Hitze und Zugluft an den Brennöfen, giftige Gase an den Glühöfen und an der Beize wird der Gesundheitszustand der Emaillearbeiter sehr beeinträchtigt. Besonders in der Beize, wo nur weiblche Arbeiter beizetätigt werden, haben dieselben durch die Einwirkungen der Säuren sehr zu leiden. Es gibt dort Arbeiterinnen, denen die Fingernägel und Spitzen gänzlich fehlen. Auf die in der Beize beschäftigten schwächeren Personen übt die Beize einen unheilvollen Einfluß aus. Auch die Ventilation läßt oft viel zu wünschen übrig. Besonders dort, wo Glühöfen sind, ist hauptsächlich im Sommer die Arbeit an den Brennöfen infolge der Hitze und Kohlendase fast un-

erträglich. Antieideräume sind vielfach sehr ungenügend. Besonders dort, wo Personen beiderlei Geschlechts zusammenarbeiten. Oft müssen Frauen und Mädchen sich zwischen den Trodenregalen umkleiden, wo sie den Blicken der 14-16 jährigen Jungen ausgesetzt sind. Daß dieses große stinkige Gehen in sich birgt, versteht sich von selbst. Die Arbeitszeit beträgt, mit Ausnahme der Ofen, wo Wechselschichten und vereinzelt auch 8 Stunden gearbeitet wird, in den meisten Fällen 10 Stunden. Es wird aber vielfach auch übergearbeitet.

Wenn bis heute für die Besserstellung der Emaillearbeiter nicht viel geschehen ist und geschehen konnte, so liegt das in erster Linie daran, daß die meisten den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Die Interesslosigkeit hat hier traurige Folgen nach sich gezogen. Dabei ist zu bemerken, daß ein großer Teil der Emaillearbeiter die Arbeit nur vorübergehend machen, meistens, um sich über Winter ein Unterkommen zu verschaffen. Man findet dort fast alle Handwerksberufe vertreten. Es ist aus dem Grunde erklärlich, da der Emaillearbeiter sozusagen zu den ungelerneten Berufen gehört und nicht viel Vorbildung dazu gehört, sowohl als Auftrager wie auch Dienarbeiter. Auch soll bei dieser Gelegenheit der richtigen Ansicht entgegengetreten werden, daß die Emaillebranche nicht zur Metallindustrie gehöre und aus diesem Grunde vorzulebentlich andere Verbände dort zu agitieren suchen. Wo solches geschieht, muß dagegen entschieden Front gemacht werden.

Was hat nun zu geschehen und wie ist am besten dafür zu sorgen, um in diesem Berufe bei einer hoffentlich in nächster Zukunft zu erwartenden günstigen Geschäftslage die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern? Vor allen Dingen muß in allen Orten, wo Emaillewerke sind, mit der Agitation tatkräftig eingegriffen werden. Nur dann läßt sich etwas erreichen, wenn die betroffenen Kollegen sich organisieren und gewillt sind, die notwendigen Opfer zu bringen.

Dann wäre noch zu erwägen, ob es nicht der Sache der Emaillearbeiter förderlich wäre, analog der im vergangenen Jahre abgehaltenen Konferenz der Sülten- und Messingarbeiter, für die unser Verband als erster auf den Plan getreten ist, und trotz aller Anfeindungen von gegnerischer Seite sich große Verdienste erworben hat, eine solche auch für die Emaillebranche und verwandte Berufe einzuberufen. Dazu ist aber notwendig, daß an allen Orten der Emailleindustrie, so in Amberg, Wien, Fulda, Elbing, Thale usw. die Kollegen das notwendige Material sammeln. Je eher, desto besser, damit vielleicht im kommenden Frühjahr eine Konferenz vorbereitet werden kann. Darum mit frischem Mut an die Arbeit.

M. B.

Gewerkschaftliches.

Arbeitskammern und Verbandsbeamte.

In einer Abhandlung „Zur Frage der Errichtung von Arbeitskammern“ (Beilage der Münchener N. N., Nr. 28 und 29) bezeichnet Herr Dr. Brenner, der in Einigungsverhandlungen sehr erfolgreiche Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes in München, den Ausschluß der Berufsbeamten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände als den schwersten Fehler der ganzen Gesetzesvorlage. Die Bewältigung des enormen schwierigen Stoffes der sozialpolitischen Gesetzgebung erfordert, wie Brenner ausführt, eine ganze Berufsarbeit, ja, förmliches Spezialstudium. „Wie sollen die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die nötige Zeit und die entsprechenden Grundlagen finden, um die ganze Materie sachgemäß zu erfassen und nach außen hin vor allem gegenüber der Gegenpartei zu vertreten?“ Brenner weist auf die zahllosen Einzelfragen bei Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen hin. Infolgedessen haben fast alle größeren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Syndici, Geschäftsführer, Arbeitersekretäre als Spezialisten im Hauptberuf ange stellt.

„Die Vorstehenden wohl aller Gewerbeämter,“ fährt nun Brenner fort, „werden aus ihrer Praxis als Regel betätigten können, daß die genannten beruflichen Vertreter der Verbände die Verhandlungen nicht erschweren und nicht verschärfen, im Gegenteil gemäß ihrer allgemeineren Bildung und des dadurch gewonnenen erhöhten Blicks über die einzelne Arbeiterkategorie hinaus beim Vorliegen objektiver Gründe am ersten die Bereitwilligkeit und auch den Mut haben, auf die von ihnen vertretenen Kreise beruhigend und aufklärend einzutreten. Es ist charakteristisch, daß gerade derartige beamtete Vertreter auf Arbeitgeber- und Arbeiterseite von ihren eigenen Leuten wiederholt mit dem ich sage - Ehrentitel „Brenner“ benannt werden. Das sagt mehr als alle oberflächlichen Redensarten über bezahlte Agitatoren, Hezer u. dergl. Ich muß auf Grund meiner Erfahrungen den Sach aufstellen: Fast die gesamten ohne Kampf abgeschlossenen Tarifverträge anderer Städte sind hauptsächlich das Werk der bejohnten Führung der beamteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter. Und nunmehr sollen diese Persönlichkeiten von einer gesetzlichen Arbeitsinstitution prinzipiell ausgeschlossen werden.“

Brenner bemängelt diesen Ausschluß nicht nur aus praktischen Gründen, sondern auch aus Gerechtigkeitserwägungen. In die Arbeitskammern, Handels- und Handwerkskammern können besoldete Beamte der Berufsvereinigungen wenigstens bis zu einem bestimmten Prozentsatz gewählt werden. ~~...~~

nahme auf gewisse Preise dann nach Brenners An-
sicht nur die zweifelhafte Maßregel veranlaßt haben.
Wir haben, bemerkt dazu die „Soziale Praxis“,
daß wir diese Notiz entnehmen, den grundsätzlichen
Ausschluß der Berufsvereinsbeamten von jeder als
ihnen Fehler angesehen.“

Inzwischen hat die Reichstagskommission zu dieser
Frage folgenden Beschluß gefaßt:

„Wählbar sind auch solche Personen, welche den-
jenigen Gewerbezweigen, für welche die Arbeitskam-
mern errichtet sind, wenigstens drei Jahre hindurch
als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben,
und in den Bezirken, für welche die Arbeitskammern
errichtet sind, wohnen, sofern die Voraussetzungen
der §§ 1 und 2 in Abs. 1 gegeben sind. Die
Anzahl, in der solche Personen in die Arbeitskam-
mern gewählt werden, darf je ein Viertel der Ver-
treter der Arbeitgeber oder der Vertreter der Arbeit-
nehmer nicht übersteigen.“

Die süddeutschen Metallwerke

in Walldorf (Baden) herichtigten. Dem „Arbeiter“
Waldorf, der den Brief mit dem Angebot von 4
bis 5 Mark Wochenlohn auch veröffentlicht hatte,
ist von der Firma — natürlich — „auf Grund des
Pressegesetzes“ eine längere Zuschrift zugegangen, aus
deren sachlichem Inhalt der „Arbeiter“, ohne hierzu
pressegesetzlich verpflichtet zu sein, folgendes entnimmt:
„In dem angeführten Brief, mit der Schreibmaschine
geschrieben und von keinem der Geschäftsführer unterzeich-
net, ist infolge eines Fehlers bei Aufnahme des Steno-
gramms irrtümlich statt einer Verdienstmöglichkeit von 4-5
Mark pro Tag eine solche pro Woche zum Ausdruck
gekommen. Wir sind in der Lage, nachzuweisen, daß gleich-
artige Briefe auf Anfragen hin abgehandelt wurden. In
unserem Bericht ist gesagt, daß die Verdienstmöglichkeit
pro Tag 4-5 M. beträgt.“

Wir können, bemerkt der „Arbeiter“ ganz richtig
dazu, natürlich ebensowenig, wie die Südd. Metall-
werke für die Hochsprünge der verheerenden Schreib-
maschine zu Walldorf, Amt Wiesloch. Und sicherlich
ist auch die Frage nach der Zugehörigkeit zur
gewerkschaftlichen Organisation, die die
Zuschrift nicht erwähnt, nur „infolge eines Fehlers“,
allerdings in der Auffassung über Arbeiterrechte,
aufzuheben. Wir möchten daher den „Süddeutschen
Metallwerken“ die Anschaffung einer neuen Schreib-
maschine, auf die man sich in allen Fällen verlassen
kann, dringend empfehlen.“ Indem wir von dieser
Richtigstellung Notiz nehmen, können wir uns der
letzten Empfehlung nur anschließen. Bei einer neuen
Schreibmaschine wird dann auch vielleicht die neu-
gierige und höchst überflüssige Frage nach der Or-
ganisationszugehörigkeit aus den Offerten der Firma
verschwinden.

Unübige Pirsch-Duntersche Aufregung.

Die Illustration des S.-D. Neutralitätsschwin-
dels brachten wir in Nr. 9 eine uns von anderer Seite
zugegangene Notiz, worin folgendes Zitat aus der
S.-D. „Westdeutschen Post“ angeführt war:

„Die Schluppe, die die siegerländischen Gewerksvereine
dem Herrn Wamm und seinem Anhang im Interesse der
Gewerksvereine ganz Deutschlands beigebracht haben, hätten
wir mit gewerkschaftlicher Neutralität ihm nicht zufügen
können.“

Mehrere Blätter, so auch die „Westdeutsche Arb.-
Btg.“ hatten das Zitat schon früher gebracht. An
die Adresse der letzteren richtet das S.-D. Zentral-
organ „Der Gewerksverein“ Nr. 18 nun eine giftige
Schwellige Notiz, worin der Vorwurf der drei ersten
Fälschung des Zitats erhoben wird. In der ersten
Stelle muß es statt Gewerksvereine Gewerksvereiner und
in der vorletzten Stelle statt Neutralität
„Ueberneutralität“ heißen. Wir nehmen von die-
sem Unterschied — wenn überhaupt von einem sol-
chen geredet werden kann — hiermit Notiz, sind aber
der Ansicht, daß die S.-D. Mut über diese angebliche
„breiteste Fälschung“ wenig logisch und sehr unange-
bracht ist. Das S.-D. Blatt lautet also:

„Durch die Streichung von vier Buchstaben hat das Blatt
also den Sinn der Wori. in ihr Gegenteil verkehrt. Sonst
hätte es ja auch keine Handhabe, auf uns zu schimpfen. Wir
nageln hiermit den Fälscher öffentlich fest.“

Nur ein ganz konfuse Mensch wird behaupten
können, daß durch das Fehlen der paar Buchstaben der
Sinn der Worte in ihr Gegenteil verkehrt werden
könnte. Nein, der Sinn bleibt ganz derselbe, ob
es nun Neutralität oder Ueberneutralität heißt. Die
Aufregung und Mut des S.-D. Artikelschreibers scheint
auch sehr künstlich gemacht zu sein. Wer den betr.
Artikel in der „Westd. Post“ nur oberflächlich durch-
liest, muß zu dem Schluß gelangen, daß die S.-D.
Gewerksvereine im politischen Wahlkampf im Sieger-
land ihren Neutralitätsschwindel wieder einmal selbst
durch die Praxis treffend widerlegt haben. Daran
kann auch diese unübige Aufregung nichts ändern.

Gewerkschaftliche Terrorismusschranken.

Württembergische Tagesblätter berichten aus
Stuttgart folgendes: „Bei einem Schneidermeister in
Gammstadt trat ein Geselle ein, der Mitglied einer
Gewerkschaft ist: die übrigen fünf Gesellen

gehörten der freien Gewerkschaft an. Diese suchten
nun den neuen Gesellen zu bewegen, aus seinem Ver-
band auszutreten, und sich der freien Gewerkschaft
anzuschließen, und als der Geselle das ablehnte, er-
klärten die andern fünf dem Meister, daß sie nicht
mehr weiter arbeiten würden, wenn der „Christliche“
im Geschäft bleibe; entweder müsse dieser entlassen
werden, oder sie, die „freien“, würden austreten. Der
Meister entließ darauf den neuen Gesellen, der dann
einige Tage arbeitslos war.

Das Schöffengericht sprach vier der wegen Ver-
gehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Angeklag-
ten frei und verurteilte nur den Gesellen, der den
„Christlichen“ am meisten bearbeitet hatte, zu 3 Ta-
gen Gefängnis. Gegen das Urteil legten die Staats-
anwaltschaft und der Verurteilte Berufung ein; die
Strafkammer verwarf die des letzteren, stellte ein
gemeinschaftliches Handeln aller 6 Ange-
klagten fest und verurteilte den ersten Ge-
sellens zu 1 Woche und die anderen 4 zu je
3 Tagen Gefängnis; darin, daß die Angeklagten
dem Meister gemeinschaftlich erklärt haben, daß sie
die Arbeit niederlegen würden, wenn der neue Ge-
selle nicht entlassen werde, sei für diesen letzteren eine
Drohung mit einem Uebel zu erblicken und alle 6 An-
geklagten seien demnach zu verurteilen.“

Die durch sozialdemokratischen Terrorismus brot-
los gemachten Arbeiter sollten jedesmal die Gerichte
in Anspruch nehmen, um die Terroristen der wohl-
verdienten Strafe zu überliefern und andern ähnlich
veranlagten Genossen eine Warnungstafel aufzurich-
ten. Die wahren Schuldigen, die „Erzieher“ der sozi-
aldemokratischen Anhänger sind leider nicht zu fassen;
da bleibt dann nichts anderes übrig, als die ver-
hehten Erziehungsobjekte selbst für ihr Tun verant-
wortlich zu machen.

Eine haltlose Verleumdung.

Zu der sozialdemokratischen Presse werden fort-
laufend die gewagtesten Verleumdungen gegen christ-
liche Gewerkschaftsführer verbreitet; wenn die Urhe-
ber dann aber den Beweis erbringen müssen, so sind
sie jeweils schwer im Druck. So war's auch im fol-
genden Fall. Einige Tage nach dem jährlichen Grö-
berungsglück auf Zeche „Radbod“ bei Hamm i. W. wollte
der sozialdemokratische Bergarbeiterverband im be-
nachbarten Bochum eine öffentliche Versammlung ab-
halten, um das Unglück für seine Zwecke auszunutzen.
Kurz vor der angesetzten Zeit wurde vom Wirt
die Vergabe des Lokals verweigert. In der sozial-
demokratischen Presse (Bergarbeiterzeitung u.) wurde
dem Bezirksleiter des Gewerksvereins christlicher Berg-
arbeiter, Kollege B. Tebbilge, diese Saalabtreiberi
in die Schuhe geschoben und zwar in mehreren Num-
mern der Bergarbeiterzeitung. Eine der sozialdemo-
kratischen Presse zugesandte Berichtigung wurde in
verstümmelter Weise wiedergegeben.

Darauf verklagte Tebbilge den Redakteur Th.
Wagner der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung.
Am 2. März 1909 fand die Verhandlung der Klage
statt. Wagner konnte als Beweis für seine frivolen
Behauptungen nichts vorbringen. Er wurde zu 40
Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens
verurteilt. Außerdem wird das Urteil auf Kosten
des Genossen Wagner im Westfälischen Volksfreund,
im Bergknappen und in der sozialdemokratischen Berg-
arbeiterzeitung veröffentlicht. Hieraus geht zum 10
und sovielen Male hervor, was von sozialdemokrati-
schen Behauptungen zu halten ist.

§ 153 der G.-D. gegen Unternehmer.

Bisher hat die deutsche Rechtsprechung den be-
rückichtigten § 153 der G.-D. nur als Ausnahmeparag-
raphen gegen Arbeiter angewandt, während die Un-
ternehmer bei den offensichtlichsten Uebertretungen
straflos blieben. Jetzt ist der seltenere Fall aber ein-
getreten, ein Unternehmer ist wegen Vergehens gegen
den § 153 der G.-D. zu drei Tagen Gefängnis ver-
urteilt worden. Vor einigen Jahren fand ja schon
einmal ein gleicher Prozeß gegen einige Unterneh-
mer in Konstanz statt, die mit einem Tag Gefängnis
davonkamen, dann aber auch noch u. B. beugnadigt
wurden. Jetzt hat sich der Vorgang in Berlin wie-
derholt, obwohl es schwere Mühe gekostet hat, die
Erhebung der Anklage überhaupt durchzuführen. Die
Veranlassung dazu war ein Bäderstreik im vorigen
Jahre. Eine Reihe Unternehmer hatten die gestell-
ten Forderungen bewilligt. Gegen diese richtete sich
nun der ganze Haß der beiden Bäderinnungen. Sie
verhängten über die Unternehmer, welche bewilligt
hatten, die Gesperrre, obwohl das Gesehndikat sich
dazu nicht herbeilassen wollte, auch setzten sie eigen-
mächtig den Namen des Vorsitzenden des genannten
Syndikats unter einen Beschluß. In einem Flugblatt
beschimpften sie die bewilligenden Meister und Gewerk-
schaftsführer als Verräter, Ehrenwortbrecher, charak-
terlose Wichte ufm.

Angeklagt derentwillen wurden die beiden In-
nungsvorsitzenden Schmidt und Milleville. Staats-
anwalt und Oberstaatsanwalt lehnten die Klage we-
gen Drohung und Ehrverletzung ab, erst auf Beschluß
des Kammergerichts erfolgte die Erhebung der An-

klage. Nach der vor der fünften Strafkammer in
Berlin geführten siebenstündigen Verhandlung ver-
urteilte das Gericht Schmidt zu drei Tagen Gefängnis,
Milleville wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt
hatte einen Tag Gefängnis beantragt. (Ein milder
Staatsanwalt!) In der Urteilsbegründung wandte
sich das Gericht entschieden dagegen, es habe sich nur
um eine leere Drohung oder um einen wohlgemeinen-
ten Rat gehandelt, wie die beklagte Seite es hinzu-
stellen versuchte. Es wäre zu wünschen, daß derartige
Verurteilungen recht oft erfolgen mögen. In Wirk-
lichkeit hat der § 153 seither ja nur für Arbeiter be-
standen. Je mehr die Arbeitgeber mit ihm in Ver-
bindung kommen, desto eher fällt er, weil dazu ist
er schon lange gewesen.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende
Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonn-
tag, den 14. März 1909 der elfte Wochenbeitrag
für die Zeit vom 14. bis 21. März fällig.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne
Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Ver-
band sind an die Geschäftsstelle des christlichen Metall-
arbeiterverbandes, Duisburg, Seltensstraße 19 zu adressieren

Aus dem Verbandsgebiet.

M. Burbach. Die diesjährige Generalversammlung
unserer Zahlstelle war ziemlich gut besucht. Der Jahres-
bericht wurde vom Kollegen Bäder erstattet. Folgendes
sei daraus hervorgehoben: Das Jahr 1908 stand im Zeichen
der wirtschaftlichen Krise, die dem Arbeiter schwere Schädli-
gen zugefügt hat. Wenn auch in den Saarstädten die
Arbeitslosigkeit nicht den Umfang angenommen hat, wie
in anderen Städten, so haben es doch die Arbeitgeber
verstanden, sich an den Arbeitern durch Lohnabzüge und
feiertäglichen Schadlos zu halten, vor allem die Burbacher-
Hütte. Die genannte Hütte konnte im verfloßenen Jahre
30 Prozent Dividende auszahlen, sie hätte 50 Prozent wie
im Jahre 1907 auszahlen können, wenn nicht 2,13 Mill.
auf Abschreibungen und 1 Mill. zum Vorsichtsfonds ge-
schrieben worden wären. Doch erhielten die Arbeiter einen
Lohnabzug bis zu 10 Prozent, gleich 495 000 M., ohne den
Lohnausfall durch Feiertäglichen. Eingeweihte schätzen
den Lohnausfall durch die Krise im Jahre 1908 der 25-
bis 30 000 saarabischen Hüttenarbeiter auf 3 bis 4 Mill.
Mark. Die Arbeitgeber haben im Saarindustriebereich vor
allem die wirtschaftliche Krise ausgenutzt, um den ihnen
sehr unbehaglichen christlichen Metallarbeiterverband aus
Saarabien zu verdrängen, indem sie „gelbe“ Hüttenver-
eine gründeten und die Arbeiter zwangen, denselben be-
zutreten. Schauerliche Bilder führte Redner von der Bur-
bacherhütte an, wo alle Beamte sich in den Dienst der
„Gelben“ gestellt haben. Mit den verwerflichsten Mitteln
haben die Leute versucht, die christlich organisierten Arbeiter
zu zwingen, ihr Mitgliedsbuch abzugeben und dem „gelben“
Hüttenverein beizutreten.

Arbeiter, die sich dies nicht gefallen ließen, wurden
aufs Straßenpflaster geworfen oder an schlechte Arbeit ge-
stellt, wo sie einen kläglichen Lohn verdienten. Mit Trä-
nen in den Augen haben Kollegen, welche durch die
Hungertage gezwungen wurden, ihr Mitgliedsbuch auf
der Hütte abzugeben, auf dem Verbandsbureau ihre feierlichen
Duaen geschickt. Auf diese Art und Weise hat man auf
der Burbacherhütte die Reihen der „Gelben“ gefüllt. Die
meisten „gelben“ Hüttenvereiner seien deshalb auch inner-
lich überzeugte Gewerkschaftler, mit dem Herzen voll Un-
zufriedenheit und Grimm gegen ihre brutalen Arbeitgeber
den Tag abwartend, wo sie erlöset werden. Doch all den
Drohungsbildern, deren unsere Kollegen ausgesetzt waren,
ist eine ansehnliche Anzahl dem christlichen Metallarbeiter-
verband treu geblieben. Mögen die Arbeitgeber Saarabiens
auch die gefährlichsten Bomben gegen den Verband ge-
schleudert haben, so sind sie doch nicht in der Lage ge-
wesen, denselben zu verdrängen, denn in allen Betrieben
sind heute treue Kämpfer unserer guten Sache zu finden.
Sollte man es fertig bringen, durch die niederträchtige
Kampfesweise des Saarabischen Hüttenkapitals den christ-
lichen Metallarbeiterverband auf dem einen oder andern
Werke vorläufig unmöglich zu machen, dann wird doch
der christliche Gewerkschaftsgeist unter der christlich-nationa-
len Arbeiterschaft fortleben und sich zu gegebener Zeit Luft
verschaffen. Wir müssen festhalten an dem Glauben an
unser christliche Gewerkschaftsfrage, dann werden wir auch
aus den heftigsten Kämpfen siegreich hervorgehen. Mit
diesen Worten schloß der Redner den mit Beifall aufge-
nommenen Jahresbericht.

Aus dem Rassenbericht sei folgendes angeführt: Im
Jahre 1908 wurden von der Ortsverwaltung 6851,16 M.
Krankenunterstützung, 366,11 M. Arbeitslosenunterstützung,
350,— M. Umzugsunterstützung, 991,10 M. Maßrege-
lungsunterstützung, 20,— M. Reiseunterstützung und 50,—
M. beiderlei Notstandsunterstützungen ausbezahlt, zusam-
men 8628,37 M. Nachdem die Vorstandswahl getätigt
war, wurde die Versammlung mit einem Applaus an die
Mitglieder und den neuen Vorstand, eifrig an den äußeren
und inneren Ausbau des christlichen Metallarbeiterver-
bandes mitzuarbeiten, geschlossen.

Berlin. Die Entwicklung der Berliner Ortsgruppe
zeigt im Jahre 1908 ein wenig erfreuliches Bild. Allen
optimistischen Hoffnungen zum Trost machten sich die Folgen
der Wirtschaftskrise in stetig wachsendem Maße bemerkbar.
Unter diesen Verhältnissen litten wir in Berlin umso mehr

rot, als unsere hiesige Bewegung zur Hauptsache auf den Bezug aus der Provinz angewiesen ist. Dieser Bezug wurde im Berichtsjahr nicht nur, es war im Gegenteil ein starker Wegzug der ledigen Kollegen zu registrieren. Der Berliner katholische Gesellenverein, der eine erhebliche Anzahl Mitglieder in die christlichen Gewerkschaften stellt, konnte am Schluß des Jahres 1908 nur einen Mitgliederbestand von 449, gegen 571 am Jahresschluß 1907 vermerken.

Im Berichtsjahr wurde nichts unversucht gelassen, um neue Mitglieder aus den Kreisen der ansässigen Berliner Arbeitererschaft zu gewinnen. Dies ist umso schwerer, als neben der Ungunst der schon erwähnten Wirtschaftslage die Organisationsfreudigkeit unübertroffen ausbleibt. In die Organisationskreise als scharfe Gegner gegenüberstehen, die wir eigentlich als Freunde und Bundesgenossen haben sollten. Wir meinen die Berliner Fachabteilungsabteilung. Wir wandten uns denn, teils wiederholt, an die Berliner Vereine evangelischer Konfession. Von 68 Anschriften, durch welche wir um einen Auszug der Metallarbeiter aus der Mitgliederliste baten, gingen erstlich acht Antworten ein. Als wir dann mit einem zweiten Schreiben uns nochmals an die übrigen Vereine um Antwort wandten, erhöhte sich die Zahl der Antworten auf 27. Die Besuche waren leider teils ablehnend. Soweit sie zusagehaft waren, erwiesen sich die überlieferten Adressen, die durch Hausagitation alle persönlich besucht wurden, vielfach außer Stand, die Mitgliedschaft im Verbands zu erwerben. Die Mehrzahl der Aufgeschriebenen waren jugendlich Leute. Trotzdem ist zu hoffen, daß diese jungen Leute dadurch, daß wir mit ihnen in Verbindung traten, später dem Verbands beitreten werden.

Durch Verteilung geeigneter Flugblätter an den Metallfabriken wurde versucht, den christlich-nationalen Gewerkschaftsgedanken möglichst weit in die Kreise der Berliner Metallarbeiterschaft hineinzutragen. Auch hier handelt es sich um Arbeiter, deren Erfolg erst die Zukunft bringen kann. Doch man im Lager der sozialdemokratischen Arbeiterverbände unsern Arbeiten nicht mit geringer Nervosität zuseht, geht daraus hervor, daß man sich wiederholt beschränkend durch den „Vorwärts“ an die Mitglieder wandte.

Sonst ist das Beamtenheer der sozialdemokratischen Ortsverwaltung recht kleinlich im Kampf gegen unsere Bewegung. Auf den schon früher erwähnten Beschluß, wonach in keiner vom sozialdemokratischen Arbeiterverband einberufenen Versammlung unser Berliner Beamte das Wort erhalten durfte, berief man sich im Laufe des Jahres wiederholt. So am 12. Juni gegenwärtig der Arbeiterbewegung, am 14. Juli gelegentlich einer Werkstattbesprechung der Firma Hoffe, am 19. Juli im Gewerkschaftshaus, am 4. August gelegentlich einer Wohnbewegung bei der Firma Haller u. Co. Ja sogar vor Täglichkeiten schreckten die Herren nicht zurück. Dies ist sowohl im Gewerkschaftshaus als auch gelegentlich einer Werkstattbesprechung bei der Firma Bergfeld passiert.

Was an Lügen und Verdächtigungen der christlichen Gewerkschaften in Werkstattbesprechungen hinter verschlossenen Türen geleistet wird, spottet jeder Beschreibung. Die ostpreussischen Junker, die in punkto Verdächtigung der gesamten Arbeiterbewegung gewiß öffentlich zu vielem fähig sind, sind reine Waisentraben gegen das, was im wachen Lager diesbezüglich gegen die christlichen Gewerkschaften unter Ausschluß der Öffentlichkeit geboten wird. An mehreren Bewegungen war der Verband im Berichtsjahr beteiligt. Die wichtigste davon ist die der Berliner Arbeiterbewegung, worüber wir schon früher berichtet haben. Trotz aller Hindernisse ist es uns gelungen, offiziell an dem zustandbehaltenen Tarif mitzubeteiligen zu sein.

Bemerkenswert dürfte eine Beobachtung sein, die wir zu machen Gelegenheit hatten. Nicht wenige Unternehmer nahmen unseren Arbeitsnachweis in Anspruch, wohl in der Absicht, von uns Arbeiter zu erhalten, die gegen billigen Lohn arbeiteten. Wurden wir dann vorstellig, die Zahlung des tarifmäßigen Lohnes, oder, falls es nötig war, gar die Anerkennung des für die Branche bestehenden Tarifs fordernd, dann war es mit der Zuneigung zum christlichen Verband fast regelmäßig hin. — Der Arbeitsnachweis resp. dessen Funktion litt auch sehr unter der wirtschaftlichen Depression. Trotzdem sind die dafür gemachten Aufwendungen nicht umsonst gewesen.

Der Beitrag wurde im Berichtsjahr von 60 auf 70 Pf. erhöht. Eine Anzahl der Kollegen zahlte den Wochenbeitrag von einer Mark. Etwas Schwierigkeit, den Beitrag auf 70 Pf. zu bringen, machten die Kollegen von Ober-Schöne-weide. Das innere Vereinsleben war ein sehr reges. 122 Versammlungen und Sitzungen wurden abgehalten. In jeder Versammlung wurde ein Referat von einem Kollegen, sowie auch von eigens zu diesem Zwecke gewonnenen Persönlichkeiten gehalten. Die Mitgliederziffer konnte sich nicht ganz auf der erreichten Höhe halten. Sie sank von 333 am Schluß 07 auf 310 am Schluß 08. 12 498 Marken wurden verkauft, wofür eine Einnahme von 9688,75 Mk. erzielt wurde. Für Unterstützungsziele wurden 3433,25 Mk. verausgabt. 3128,71 Mk. gingen an die Zentrale. Nach Erledigung sämtlicher Verpflichtungen verblieb der Lokalkasse ein Bestand von 1330,64 Mk. Der Durchschnittsbeitrag stieg von 9,7 im ersten Quartal 08 auf 11,5 im letzten Quartal.

Wie möchten an dieser Stelle wiederholen, was wir schon so oft ausgesprochen und den Berliner Kollegen auch kürzlich durch Rundschreiben nahegelegt haben, daß die Berliner Gruppe vor der Hand nur vorwärts zu bringen ist, wenn jedes Mitglied in Freundschaft und Bekanntschaften verwebt für den Verband in Tätigkeit tritt. So rühmend der agitatorische Eifer und Fleiß einer Anzahl von Kollegen hervorgehoben zu werden verdient, so ist doch nicht zu übersehen, daß die überwiegende Mehrzahl sich einer Lauheit hingibt, die nirgendwo unangebrachter ist, als gerade hier in Berlin. Öffentlich wird in der Versammlung am 13. März der Beweis erbracht, daß die Kollegen im neuen Jahr eifriger mitzuarbeiten gewillt sind.

Innerhalb der Berliner Verwaltung wurde nach einem Referat des Kollegen Stransfeld eine gründliche Reorganisation vorgenommen. Die Hauptgeschäftsführung ist nach dem Büro zusammengezogen worden. Um Zeit für ungestörte Erledigung der Verbandsgeschäfte zu gewinnen, sind die Sprechstunden vormittags von 8—10, und nachmittags von 3—4 Uhr festgesetzt. Die Kollegen wollen dies

streng beachten und sich im weiteren telephonisch oder schriftlich mit dem Büro in Verbindung setzen.

Schw.-Gmünd. Unsere diesjährige Generalversammlung hatte nur einen mäßigen Besuch aufzuweisen. Es ist dies eine wenig erfreuliche Erscheinung, wenn Kollegen, die den Anspruch auf die Bezeichnung Gewerkschaftler machen, es vorziehen, lieber Vergütungen und sonstigen Klimbim nachzugehen, anstatt die Generalversammlung zu besuchen. Der Vorsitzende gab bei der Eröffnung der Erwartung Ausdruck, daß es im neuen Jahre mit Bezug auf den Versammlungsbesuch besser werde. Zum Geschäftsbericht führte Kollege Gerhards etwa folgendes aus: Das verfloßene Jahr brachte unserer Hauptindustrie einen außerordentlich schlechten Geschäftsgang. Ausgehend von den Ursachen der derzeitigen Krise zeigte er in kurzen Ausführungen deren Umfang und Schärfe, wie dies insbesondere der ziemlich bedeutende Rückgang der Exporte der Metallindustrie zum Ausdruck kam. Es ist erklärlich, daß diese Tatsachen auch ihre Wirkungen einerseits auf das Verhältnis der Arbeitgeber zum Arbeitnehmer, und andererseits auch auf die hiesige Arbeitererschaft und nicht zuletzt auch auf die Organisation ausübten. Manche Arbeitgeber glauben jetzt, auf das Übermaß der Arbeiterkräfte sich stützend, den Zeitpunkt für gekommen, die ohnehin nicht hohen Löhne herabzusetzen. Dort, wo die Organisationsverhältnisse gute waren, gelang dieses nicht. Selber ist dies aber nicht in allen Betrieben der Fall. In diesen Betrieben mußten sich die Arbeiter, ohne sich dagegen wehren zu können, Abzüge gefallen lassen. In jenen Zeiten mußte es eigentlich den Arbeiter mit Gewalt in die Organisation treiben.

Dieser schlechte Geschäftsgang brachte es naturgemäß auch mit sich, daß einseitig die Zahl der Arbeitslosen ganz gewaltig stieg, andererseits wurde, auch in fast allen Geschäften 1, 2 und 3 Tage in der Woche ausgelegt. In einigen Geschäften mußten sogar die Kollegen 14 Tage bis drei Wochen ständig ausgelegt werden. Diese Arbeitslosigkeit brachte es auch mit sich, daß in der Vorwärtsbewegung der Mitgliederzahlen ein Stillstand und in einzelnen Sektionen, vor allem in Henningen und Wilmshagen ein Rückschritt zu verzeichnen ist. In letzteren Orten sind einige Kollegen auch infolge der Beitrags-erhöhung, die am 1. August in der Ortsverwaltung durchgeführt wurde, ausgetreten. Mehrere dieser Kollegen sehen aber jetzt schon ein, daß sie damit eine Dummheit begangen haben. Öffentlich finden sie auch bald den Anschluß an den Verband wieder.

Die Agitation war eine äußerst rege. Versammlungen wurden abgehalten: Deffentliche 15, Mitgliederversammlungen 20, Vertrauensmännerversammlungen 12, Betriebsversammlungen 8, Verwaltungssitzungen 15. Nicht berücksichtigt bei dieser Aufstellung bleiben die zahlreichen Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen, an denen der Geschäftsführer im Auftrage der Zentrale und der Bezirksleitung teilnahm. Hausagitationen wurden am Orte und in den Sektionen im Berichtsjahre 5 abgehalten. Jedoch entsprach der Erfolg nicht immer den gehegten Erwartungen.

Die Polemik mit den Gegnern am Orte war teilweise eine sehr heftige, so daß wir verschiedentlich genötigt waren, sowohl das Verbandsorgan, als auch die Tagespresse zur Abwehr in Anspruch zu nehmen. Zu beklagen ist, daß die Tagespresse am Orte uns ihre Spalten im Kampfe mit den Gegnern verschließt. Jedoch gab der Geschäftsführer bekannt, daß in aller nächster Zeit hier eine Veränderung eintreten müsse. An den erforderlichen Schritten seinerseits würde es nicht fehlen.

Der Kassensbericht ergab an Einnahmen für die Hauptkasse 26 348,65 Mk., für die Lokalkasse 9594,55 Mk. Hierzu war trotzdem noch ein Zuschuß von der Zentrale von 400 Mk. notwendig, da die Ausgaben die Einnahmen überstiegen hatten. Insgesamt betrug die Einnahme 36 343,20 Mk. An Unterstützungen wurden ausbezahlt 11 985,48 Mk. bei Arbeitslosigkeit und 7717,86 Mk. bei Krankheit. Sonstige Unterstützungen 215,50 Mk. An Lokalkassenspenden sind noch 1738 Mk. vorhanden. Das Gesamtergebnis ergibt ein sehr ungünstiges Bild über das Kassengehehen unserer Ortsgruppe, wozu natürlich die starke Arbeitslosigkeit beitrug.

Auch die Vorgier werden jetzt einsehen, daß ihre Anschauung falsch ist, daß alles Geld nur nach den „Preußen“ geschickt wird. Trotzdem keine Streiks geführt wurden, haben unsere Einnahmen die Ausgaben nicht gedeckt, sondern war noch Zuschuß notwendig. Hinzu kommt aber, daß außerdem noch die Zentrale das Organ, Agitationskosten, Verwaltungskosten zc. zc., wozu unsere Gruppe auch ein Teil hätte beisteuern müssen, allein tragen mußte. Dies alles muß die Kollegen und Kolleginnen anspornen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um in diesem Jahre die Scharte wieder auszuweihen. Vor allem die Beiträge pünktlich zahlen und sich reger an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen. Der Verband darf zuletzt doch nicht als ein bloßer Unterstützungsverein aufgefaßt werden. Auch beweist das Bild der Kassensverhältnisse schlagend, daß die Beitrags-erhöhung unbedingt notwendig war, soll der Verband seinen Verpflichtungen mit Bezug auf das Unterstützungs-wesen und seiner Hauptaufgabe: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nachkommen. Wenn schon in „Friedenszeiten“ die Einnahmen nicht ausreichen, was soll da werden, wenn größere Kämpfe geführt werden müssen. Mit dem Appell an die Opferwilligkeit der Kollegen und Kolleginnen schloß der Geschäftsführer seinen Jahresbericht.

Der Punkt: Neuwahlen des Vorstandes ergab in der bisherigen Zusammensetzung der Ortsverwaltung keine wesentliche Veränderung. — Sodann wurden neben der Erledigung einiger interner geschäftlicher Angelegenheiten die Bürostunden der Geschäftsstelle neu geregelt. Dieselben sind jetzt festgesetzt vormittags von 11—1 Uhr und nachmittags von 1/2—1/2 Uhr. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, es möchten sich die Kollegen im Verkehr mit der Geschäftsstelle auf diese Stunden beschränken; im Interesse einer geregelten Abwicklung der zu erledigenden Geschäfte sei dies dringend geboten. Ferner wies Kollege Gerhards darauf hin, daß die Meldungen in Krankheits- und Arbeitslosenfällen pünktlicher erfolgen müßten. Es kommt immer noch vor, daß Kollegen, nachdem sie zuletzt gesund sind, sich erst bemüht fühlen, zu melden, daß sie so und so lange krank geblieben haben. Dadurch ergeben sich immer die größten Schwierigkeiten.

Wenn man Unterstützung beantragt, muß man sich anders- seits auch den statutarischen Vorschriften fügen. (Bei richtiger und gewissenhafter Auslegung und Einhaltung des Statuts können sich da gar keine Unklarheiten ergeben. Solche Kollegen haben eben durch eigene Schuld den Anspruch auf Unterstützung verwirkt. Die in der General- versammlung festgesetzten Verbandsabgaben sind doch nicht dafür da, um ignoriert und umgangen zu werden. In Schw.-Gmünd scheinen diese Grundbegriffe anscheinend be- denklich verwischt zu sein. In den Krankenkassen — so- wohl Pflicht- wie freiwilligen Klassen — findet es jeder- gang selbstverständlich, Ordnung zu halten und jede Mel- dung pünktlich zu machen; nur in unserem Verband glaubt man sich die statutarischen Extravaganzen erlauben zu dürfen. Mit solchem Schlenkrian muß ganz energisch auf- geräumt werden. Das gilt aber nicht allein für Schw.- Gmünd, sondern auch für manch andere Ortschaften und alle, die es angeht. Achtung.)

Redner betonte in längeren Ausführungen die Not- wendigkeit der neu geschaffenen 90 Pf.-Klasse. Streifenarbeiter seien schon eine Anzahl Kollegen in diese Klasse über- getreten. Es sei zu erwarten, daß noch mehr Kollegen diesem Beispiel folgen.

In seinem Schlusswort kritisierte der Vorsitzende den Ver- trauenslauten sowie all denen, die sich von dem Inter- esse des Verbandes am Orte verabschiedet haben, den Dank ab. Mit dem Appell an die Kollegen, auch im neuen Jahre unermüdet an dem Ausbau und an der Stärkung der Organisation tätig zu sein, schloß der Vor- sitzende die anregend verlaufene Generalversammlung.

Dortmund. Einen sehr guten Besuch wies die am 21. Februar stattgefundene Generalversammlung auf. Kol- lege Kreil erstattete den Jahresbericht. Trotz der Er- höhung des Beitrags von 60 auf 70 Pf. und der am Ende des Jahres, hier sehr stark einsetzenden Kälte war es gelungen, auch in diesem Jahr die Mitgliederzahl zu steigern. Derselbe betrug am 1. Januar vor. Jahres 1908 und stieg bis 1. Januar d. J. auf 602 Mitglieder, somit war eine Steigerung von 104 aufzuweisen. Neu gegründet wurden die Sektionen Dort und Bidinghausen.

Die Versammlungstätigkeit war eine über- aus rege. Wurden doch im ganzen 322 Versammlungen und Sitzungen abgehalten. Dieselben verteilten sich auf: 12 öffentliche, 134 Mitglieder- und 138 Werks- und Betriebsversammlungen, 35 Vorstands- und Vertrauensmän- nerversammlungen sowie 8 Unterrichtsbesuche. Diese umfangreiche Versammlungstätigkeit, wozu noch eine größere Anzahl von Teil- und Kommissionssitzungen kommen, läßt die Arbeits- leistung erkennen, wie sie von den im Vorstand tätigen Kollegen vollbracht wurde. In den meisten der Mitglieder- versammlungen wurden Vorträge gehalten, teils von Ge- schäftsführer, teils von den in Arbeit stehenden Kollegen selbst. Rednerische Kräfte weist die Ortsverwaltung Dort- mund eine größere Anzahl auf. In manchen Sektionen dürfte allerdings hier noch eine Besserung eintreten und die Kollegen sich zur stärkeren Betätigung anstrengen.

Dem Verband gelang es auch in diesem Jahr, für seine Mitglieder erhebliche Vorteile zu erringen. Besonders waren es eine Anzahl Abwehrbewegungen, in die die Ortsverwaltung verwickelt wurde. In ihnen mußte sogar zur Kündigung geschritten werden, um einen Ab- zug abzuwehren. Am letzten Tage vor Ablauf der Kündi- gung wurde von Seiten der Firma die Forderung der Kolle- gen, den Abzug zur Hälfte rückgängig zu machen, un- genommen. Die dortigen Kollegen haben dort durch ihre einmütiges Zusammenhalten einen achtunggebietenden di- rekten Erfolg errungen. Sie haben aber auch einen in- direkten Erfolg zu verzeichnen, indem durch ihr Vorgehen die anderen Firmen von ihnen und Wehmar im Gegensatz zu früher davon abgehalten wurden, den gleichen Versuch vorzunehmen. Somit haben die gesamten Metallarbeiter von ihnen und Wehmar einen Anteil an dem Erfolg des Verbandes gehabt.

Selber finden sich immer noch Arbeiter, welche bloß Vorteile des Verbandes genießen, niemals aber zu diesen Erfolgen beitragen wollen. Diesen Nachkollegen mehr auf die Finger zu sehen, wird Aufgabe der dortigen Kollegen sein. — In Bidinghausen wurden wir in einen Abwehrstreik verwickelt, indem von der dortigen Hausbeschlagnahme- richtigen Kollegen gekündigt wurde, welche dem christlichen Metallarbeiterverband angehört und nicht ihren Aus- tritt erklärten. Durch die Streikbrecherdienste, welche von vater Seite dem Unternehmer geleistet wurden, gelang es nicht, die WiederEinstellung der Kollegen zu erwirken. Je- doch war es selbst den vereinten Kräften des Unternehmers in Verbindung mit der Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht möglich, unsere Ortsgruppe zu vernichten, im Gegenteil, sie steht durch den Kampf gestärkter da denn je. Der sozialdemokratische Verband aber hat heute dort seine Rolle ausgespielt, er weist kein einziges Mitglied mehr auf. Daher das Sprichwort: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“

Auf der Wawper Maschinenfabrik sollte die Arbeits- zeit im Dezember von 10 auf 8 Stunden wegen Arbeits- mangel reduziert werden, doch gelang es, die Firma zu veranlassen, die Anordnung wieder zurückzunehmen. Das weitgehende Entgegenkommen der Direktion sei auch an dieser Stelle hervorgehoben. Die Kollegen wurden da- durch vor einem wöchentlichen Verlust von 6 Mk. bewahrt. Auch hier trifft das für ihnen gesagte zu: eine Anzahl Nichtorganisierter nimmt an den Erfolgen der Organisa- tion Anteil, ohne ein Opfer für dieselbe zu bringen. So- mit wurden allerorts für die Kollegen Erfolge erzielt. Bei einer größeren Anzahl organisierter Kollegen wären ohne Zweifel die Erfolge noch stärkere gewesen; eine Mah- nung an die Kollegen, in der Agitation unermüdetlich tätig zu sein.

Dem Kassensbericht ist zu entnehmen: Die Gesamt- einnahme für die Zentralkasse betrug 11 832,56 Mk., die Ausgabe 3007,— Mk., somit an die Zentrale abgeliefert 7825,56 Mk. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Wan- derunterstützung 178,— Mk., Umzugsunterstützung 75,— Mk., Arbeitslosenunterstützung 441,25 Mk., Krankenunterstützung 943,20 Mk., Sterbenunterstützung 130,— Mk., Streikunter- stützung 282,74 Mk., Hausbeschlagnahmeunterstützung 106,60 Mk., Zuschuß aus der Lokalkasse 301,50 Mk., Gesamtsumme 2438,19 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen: 3620,31 Mk., die Ausgaben inkl. Beitragsbeitrag 3085,91

Markt, somit ein Kassensüberschuss von 584,91 Mk. Kassensbestand am 1. 1. 08 154,18 Mk., hierzu Ueberschuss für 1908 584,40 Mk., Kassensbestand am 1. 1. 09 688,58 Mk.

Die Arbeitslosenunterstützung ist in anbetracht der Schärfe der Krisis eine geringe. Dieses Resultat wurde erreicht, indem durch den Arbeitsnachweis die Mitglieder vor längerer Arbeitslosigkeit bewahrt blieben.

In der Diskussion wurde von den Revisionen die Erklärung abgegeben, daß sie die Kasse in sehr guter Ordnung vorgefunden hätten. Dem Geschäftsführer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Von seiten des Kollegen Bitter aus Barop wurde die Verbesserung der Sozialkassenverhältnisse hervorgehoben und ein noch besserer Ausbau des Arbeitsnachweises gewünscht. Ebenfalls wurde von demselben angeregt, dem Vogtswäsen Aufmerksamkeit zu schenken und für geeignete Unterbunft zureisender Mitglieder zu sorgen.

Der bisherige Vorstand wurde mit Ausnahme eines Mitgliedes, das eine Wiederwahl nicht mehr annehmen konnte, wiedergewählt. Dessen Tätigkeit wurde vom Vorstände anerkennend hervorgehoben. — Nach Beratung der gestellten Anträge wurde die Generalversammlung mit einem Beschluß auf dem christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Hötensleben. Am 7. Februar fand im Lokale des Herrn Gehesretz unsere diesjährige Generalversammlung statt. Leider war dieselbe nur schwach besucht. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und warf gleichzeitig einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe. Die Arbeit wurde sehr erschwert durch die Arbeitslosigkeit der hiesigen Metallarbeiter. Wir sind zwar nicht zurückgegangen an Mitgliederzahl, aber es fehlt noch recht viel an gemeinschaftlicher Ueberzeugung, sonst hätten wir wenigstens Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Aus dem vom Vorstand erstatteten Jahresbericht geht hervor, daß 10 Mitglieder- und 3 Vorstands- und Vertrauensmännern abgehalten wurden.

Hierauf wurde vom Kassierer der Kassensbericht erstattet, welcher von der Versammlung für gut befunden und hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Einnahme für die Kasse 229,70 Mk., Ausgabe einschließlich der 15 Prozent der Wochenbeiträge für die Lokalkasse und 41 Mk. Erwerbslosenunterstützung 96,19 Mk. Mithin wurden an die Zentrale gesandt 233,51 Mk. Einnahme der Lokalkasse einschließlich Kassensbestand vom vorigen Jahre 60,13 Mk., Ausgabe 41,17 Mk.; es blieb somit ein Kassensbestand von 18,96 Mk. und wurde zur Vorstandswahl geschritten, die eine glatte Erledigung fand.

Kollegen von Hötensleben! Jetzt müssen wir kräftig Hand anlegen und mit dem Vorstand einmütig zusammenarbeiten. Besonders in der Agitation, damit wir unsere Zahl vergrößern. Das jeder einzelne seine Pflicht, dann werden wir uns auch der Erfolge freuen können. Wir haben nicht nur Rechte zu fordern, sondern auch Pflichten zu erfüllen, unserer Organisation, dem Arbeiterstand und auch der Gesamtheit gegenüber. Beherrzigen wir den kraftvollen Spruch:

Ohn' Recht — ein Knecht,
Ohn' Pflicht — ein Wicht;
Mit Pflichten und Rechten,
Ein Mann von den echten.

Mühlhausen i. G. Am Samstag, den 27. Februar fand die angeänderte Versammlung zur Aufklärung über den Streikverstreit statt. Wir hatten uns dazu unsern Kollegen Thelen aus Mannheim kommen lassen. Die Genossen waren mit ihren Herrn Vorhölzer und Groß dazu eingeladen. Genosse Groß wollte uns zuvor kommen. Er hatte unsern Kollegen Engel eine Einladung zu einer von roter Seite am selben Abend angeordneten Versammlung zugehen lassen. Ob absichtlich oder in der Kopflosigkeit, wissen wir nicht, hatte er den Brief an einen Ort adressiert, wo der Kollege Engel garnicht wohnt. So passierte es ihm, daß die Einladung zu unserer Versammlung schon zwei Tage in seinem Besitze war, ehe unser Kollege Engel die gegnerische Einladung bekam. Das verdrüßte nun die Genossen als ein Kneifen des Kollegen Engel vor der Versammlung der Roten in ihrer Presse anzulegen.

In bombastischen Tönen forderten sie in derselben die Metallgenossen auf, in die christliche Versammlung zu gehen. Wie sie schrieben, um zu zeigen, daß sie mehr „Mut“ hätten wie die Christlichen. Wir vermuteten sofort dahinter einen der bekannten roten Tricks. Die Versammlung selbst sollte uns die Vermutung bestätigen.

Die Genossen kamen mit ihrem Vorhölzer, Groß und die Herren Reichert, der sozial. Presse. Wie ich zur „Begegnung“ der noch nicht eröffneten Versammlung zeigte sich Vorhölzer schon in seines ganzen, durch seine Weisheit erlangenen Bildung. Da die Genossen unser Lokal bet. Bierkonsum boykottierten, hatten wir 10 Pfg. Eintrittsgeld festgesetzt, für das sich jeder Versammlungsteilnehmer auf Grund einer von uns ausgehändigten Karte ein Glas Bier bestellen konnte. Das nahm Vorhölzer zum Anlaß, folgende Aufforderung an seine Getreuen zu richten: „Kollegen, wir gehen gar nicht ein, warum wir den Christlichen 10 Pfg. schenken sollen, damit die es versch. können. Wir gehen in die „Sonne“ und halten „elb“ Versammlung.“ Ein allseitiges „Pju!“ und Rufe, wie „Feigling, du willst dich brüden!“ war die Antwort, die ihm aus der Versammlung entgegenhallte. Die Genossen redeten auf Vorhölzer ein, zu bleiben. Um sich nicht vor diesen zu blamieren, blieb er zunächst.

Die Versammlung begann, und Kollege Fischer gab zur Tagesordnung und Geschäftsordnung bekannt, daß zunächst die beiden Referenten unsererseits, Kollegen Engel und Thelen, und dann unter Genehmigung der gleichen Redegehalt Vorhölzer und Groß das Wort zur Entgegnung haben sollten. Für die beiderseitigen Diskussionsredner sollten 10 Minuten Redezeit gelten.

Das genügte Vorhölzer nicht. Er wollte unbeschränkte Redezeit. Als ihm erklärt wurde, daß er doch genau so lange sprechen könne, wie unsere Referenten, geriet er darauf habe er keine Garantie. Er forderte deshalb seine Getreuen auf, mit ihm in die „Sonne“ zu gehen, nach deren „Schein“ er schon vor der Versammlung so große Behauptung offenbart hatte. Vorhölzer und Genossen tranken ihr „Kohlschier“ und gingen. Andere nahmen noch einen kräftigen Schluck zum Abschied aus der von zu Hause mitgebrachten Weinbülle. Dann verließ die größte Mehrzahl der Genossen auch unsere Versammlung.

Diese nahm dann geradezu einen imponanten Verlauf. Dazu haben nicht wenig die sachlichen aber klaren Ausführungen des Kollegen Thelen (Mannheim) beigetragen. Einige der zurückgebliebenen wankelmütigen „freien“ Gewerkschaftler traten zu uns über. Ebenso schloß sich eine Anzahl Zuhörer unserer Verbände an.

Und in der Genossenversammlung — redete Vorhölzer, nach den Mitteilungen, die uns von zuverlässiger Seite zugegangen, über „Päpstliche Engländer und Entlohnung der Arbeiter durch behagliche Unternehmer“. Ob das dem Geschmack seiner Zuhörer, denen er kürzlich noch gesagt haben soll, sie verdienten in Mühlhausen noch nicht einmal soviel, daß sie sich „Waugenpulver“ kaufen könnten, entsprochen hat, wissen wir nicht. Jedenfalls zeigt dieses Vorhölzer in seiner ganzen geistigen „Größe“.

Wie unsterblich und arm sich diese Führer im Kampfe mit den christlichen Gewerkschaften und ihren Führern schon selbst fühlen, mag noch aus einer gemachten Aeußerung des Sozialbeamten Groß, die er, nach den uns gemachten Mitteilungen, die von stillen Beobachtern auf dem Heimwege gemacht wurden, hervorgehen. Danach soll Groß gesagt haben: „Es war besser so, daß wir aus der christlichen Versammlung gingen.“ Ja, ja! Auch in Mühlhausen geht es heute nicht mehr an, durch Mogezeiten, Geschäftsordnungsdebatten oder rohe Beschimpfungen, gemäß den Ausgangsformen Vorhölzers die christl. Gewerkschaften auszusparen und zu verächtlichen. Dazu sind diese und besonders auch der christl. Metallarbeiterverband innerlich schon viel zu sehr erstarrt. Und das ist gut so. Metallarbeiter allerwärts: Pinet in den christlichen Metallarbeiterverband!

Duisburg. (Auskehr auf der Niederrheinischen Gölte.) In letzter Zeit ist das strammes Regiment auf der Niederrheinischen Gölte in unserm Organ wiederholt behandelt worden. Aber der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht, und allzu scharf macht scharf, das hat sich auch an den besten „Arbeiterfreunden“ unter den Beamten der Niederrheinischen Gölte wieder einmal erfüllt. Jetzt sind sie glänzend aufs Pfälzer geflogen, ebenso zurückgeworfen, wie sie im Laufe der Zeit so manchen organisierten Arbeiter hinausbuggert haben.

Da ist zunächst der langjährige „Ober“-Meister Wolf aus der Formerei, den sein Schicksal ereilt hat. Nun ist auch er geflogen, mit ihm sein Sohn, sein Schreiber und sein Freund, ein Betriebsassistent, der erst kurz vorher unter dem Protektorat Wolfs eingetreten war und im Verein mit Wolf den Betrieb „reformieren“ wollte. Bei dieser löblichen Arbeit haben sie sich nun vor die Tore der Niederrheinischen Gölte „reformiert“.

Herr Wolf hat im Laufe der Zeit manchen Arbeiter hinausgeschoben, auch unser Kollege Reher ist vor Jahren das Opfer der „organisationsfreundlichen“ Wirksamkeit des Herrn Wolf geworden. Jetzt mag er einmal darüber nachdenken, wie es einem Hinausgeworfenen zu Mute ist. Da nicht ihm auch keine Briefschreiberei mehr, die ihm früher einmal seine Stellung gereicht hat. Jetzt haben die maßgebenden Herren dafür nur das Wort gehabt: Der Mann scheint an Größenwahn zu leiden.

Nach einem unter den Arbeitern unläufigen Gerücht soll es unter den Beamten und Leitern der Niederrheinischen Gölte zwei feindliche Parteien geben. Aufsehen erregend sei Donnerstags mit eiserner Faust dazwischen gefahren, um Auskehr zu halten. Die soll aber noch nicht beendet sein, einige weitere „Arbeiterfreunde“ stehen gerichtsweise auch schon mit einem Bein vor den Hüttenorten. Wie weiter unter den Arbeitern verlaute, soll die kürzliche Bewegung wegen der Friedrichschen Streikarbeit mit dieser Auskehr in engem Zusammenhang stehen.

Sei dem wie ihm wolle, für die Arbeiter ist die Entwicklung der Zustände auf der Niederrheinischen Gölte äußerst interessant. Die „reinsten“ aller Freuden wollen wir unterdrücken, aber dem abgefaßten „Ober“-Meister Wolf dennoch unser tiefgefühltes Beileid ausdrücken. Mögen diese Vorgänge andern ähnlich veranlagten Betriebsbeamten eine eindringliche Lehre sein, die Arbeiter und ihre Organisationen gerecht zu behandeln. Denn allzu oft erfüllt sich gerade bei diesen Beamten das Sprichwort: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Meister Wolf hat es jetzt auch erfahren müssen. Seine Getreuen jammern und heulen jetzt allerdings, denn mit der Finnerwirtschaft dürfte es nun in der Gölte der Niederrheinischen Gölte endgiltig vorbei sein. Die übrigen Arbeiter aber werden dieser zerbrochenen „Herrlichkeit“ keine Träne nachweinen.

Duisburg - Ruhrort. Pfui Teufel, anders kann man nicht gut sagen, von der Kampfesweise der S.-D. „Westf. Post“ und ihres Ablegers, der „Rhein- und Ruhrpost“, die sie bei ihrer Beschüßerrolle für den berüchtigt gewordenen Kassennarber und Renegaten Barzen gegen den christlichen Metallarbeiterverband anwendet. In seiner Nr. 10 kommt das S.-D. Blättchen, trotzdem es schon mehrmals „Schluß“ gemacht hatte, wieder auf die Angelegenheit zurück und zwingt uns damit zu einer weiteren Kennzeichnung seiner traurigen, verlogenen Kampfesweise. In Nr. 9 unseres Organs hatten wir mitgeteilt, daß der S.-D. Schlichtling und Schildträger Barzen einen Mitarbeiter brieflich beim Betriebsingenieur — nicht Direktion, wie die „Westf. Post“ — denunzierte und, in gleicher Angelegenheit (wie ausdrücklich in unserm Artikel in Nr. 9 steht) auch einen weitem Brief an den Gewerbeinspektor geschrieben hatte, der aber nicht abgefaßt worden war.

Nun verfaßt das S.-D. Blättchen mit raffinierter Demagogie die Sache dahin unzufällig, als ob der Arbeiter Barzen in seinem Schreiben an den Gewerbeinspektor Mißstände im Betrieb zur Kenntnis der Gewerbebehörde hätte bringen wollen und nun durch die erwähnte Aeußerung in unserm Organ dafür denunziert worden wäre. Mit jehemheiligem Augenblick soll das S.-D. Reformblättchen etwas von Brotlosmachen und einer ähnlichen Absicht als Motiv bei dieser „unwahren Behauptung“.

Rein, ihr S.-D. Strategen, da habt ihr wider besseres Wissen eine Anklage zurückkonstruiert, die doch gar zu plump ist, um vom Dummsten der Dummnen geglaubt zu werden. Der Arbeiter Barzen kritisiert keine Mißstände im Betrieb, die auch nicht dem Gewerbeinspektor. Das beweist er als vornehmer Mann andern

Leuten; nein, er wollte einen Mitarbeiter anspornen, das war das Motiv seines Briefes an den Betriebsingenieur wie des Schreibens an den Gewerbeinspektor. Dabei war der benutzte Kollege auch noch besonders eifrig für die damalige freiwillige Sammlung für Barzen tätig gewesen. Eine wirklich dankbare, edle Seele, dieser S.-D. Schlichtling Barzen. Er paßt ganz vorzüglich zu den S.-D. Reformern und wir beneiden sie am allerliebsten um diesen Ehrenmann. Falls sie aber in ihren Wankelblättern noch fortwährend aus diesem Kassennarber gegen unsern Verband Kapital schlagen wollen, so werden wir sie jedesmal recht unsanft auf ihre unsauberen Pfoten klopfen. Das mögen sie sich merken.

Sangelheim (Braunschweig). In der am 21. Februar bis 23. stattgefundenen Generalversammlung unserer Ortsgruppe erstattete zunächst der Kassierer den Kassensbericht. Aus diesem geht hervor, daß die Ueberrechnungen mit der Zentrale stets gewissenhaft und pünktlich vollzogen sind, auch befindet sich in unserer Lokalkasse eine schöne Summe, so daß unserm bisherigen Kassierer das Vertrauen der Mitglieder dadurch ausgesprochen wurde, indem er einstimmig wiedergewählt wurde. Der übrige Vorstand wurde ebenfalls mit einigen Ergänzungen wiedergewählt. Sodann wurde beschloffen, bei Krankheitsfällen aus der Lokalkasse den erkrankten Kollegen die Hälfte des von der Zentrale nach längiger Krankheit gemachten Krankengeldes zu zahlen. Die Gründe dafür sollen kurz geschildert werden. Auf der dem Staate gehörenden Sophienhütte ist ebenso wie auf der benachbarten Juliusöhütte eine sogenannte „Hilfsklasse“ seitens der Werkleitung errichtet worden.

Und für sich ist die Errichtung der Hilfsklasse seitens des Werkes wohl der Erkenntnis entspringend, daß die Arbeiterschaft angesichts der traurigen Wohnverhältnisse und in Anbetracht des geringen Krankengeldes eine Hilfe nötig hat. Wollte man aber ohne Hintergedanken den Arbeitern helfen, dann wäre es doch viel richtiger, in der Krankenkasse auf Erhöhung des Krankengeldes hinzuwirken; aber das will man nicht, denn diese Bezüge können allen irani werdenden Hüttenleuten zu Gute, während nur die Dieblinge der Beamten die jetzt geschaffene Vergünstigung einheimen sollen. Wir können aber diese Hilfsklasse ruhig als eine „gelbe Gründung“ ansehen, umsonst, als Mitglieder unserer, des christl. Metallarbeiterverbandes, nicht Mitglied dieser Unterstützungskasse werden können. Diese Haltung der Werkleitung ist eigentlich unverständlich. Ein Privatunternehmer kann mit seinem Gelde unterstützen wen er will, rechtlich ist dagegen nichts einzuwenden. Was geschieht aber hier? Ein Unternehmen, welches dem Staate gehört, woran also sämtliche Staatsbürger beteiligt sind, verwendet Mittel, die dem Staate gehören, dazu, um gewisse wenige Arbeiter bevorzugen zu können, während andere Arbeiter, die in demselben Betriebe tätig sind und genau so gut, ja noch besser ihre Arbeit verrichten, von dem Genuß dieser Bezüge ausgeschlossen werden. Was sagt die vorgeordnete Behörde, was sagt der preussische Minister für Handel und Gewerbe zu einem derartigen Verhalten eines preussischen Beamten?

Sehen wir uns einmal die Leute an, denen man die Aufnahme in den Werkverein verweigert, so finden wir Männer darunter, die 15, 20, ja 30 Jahre und noch länger im Hüttenbetrieb tätig sind, die auf dem Boden des Gesetzes und der heutigen Staatsordnung stehen, die so mit zweierlei Maß gemessen werden! Aus welchen Gründen suchen nun einige Kollegen bei der „gelben“ Kasse Zuzucht? Zunächst einmal deshalb, weil der Herr Werkdirektor dahinter steht und weil manche unserer Mitarbeiter der Ansicht sind, wenn sie in diese von der Werkleitung protegierte Hilfsklasse eintreten, bekämen sie in acht Tagen schon einen „besseren“ Posten. Leider sind diese guten Posten so sehr, sehr wenig!

Bezeichnend für den Geist, der in dieser gelben Gründung steckt, sind die Personen, die als Arbeiter darin die Hauptmacher sind. Als unsere Ortsgruppe gegründet wurde, äußerte der Kesselführer S. M. seine große Freude über den Erfolg, den der Organisationsgelande unter den Hüttenleuten gefunden; er meinte sogar, der Verband sei schon einige Jahre früher bitter not gewesen. Dieser Mann ist nun plötzlich der Vorsitzende des gelben Werkvereins und bei seinem verantwortungsvollen Amt als Kesselführer findet er trotzdem noch Zeit genug, seinen Posten zu verlassen und mit dem blauen Buch unter den Arm für seinen Werkverein zu agitieren! Was mögen wohl die Beamten denken über solch' einen Mann, der in wenigen Wochen so seine Gesinnung wechselt!

Daß man seitens der Verwaltung diese „Gelben“ glaubt bevorzugen zu müssen, geht schon daraus hervor, daß die Beiträge gleich vom Lohne abgezogen werden. Wenn jemand glaubt, eines Vormundes zu bedürfen, so ist das seine eigene Sache, aber dagegen werden wir uns, daß Staatsgelder in solch' einseitiger Weise verwandt werden und daß unsere Kollegen offen und geheim gedrück und schikaniert werden seitens einer staatlichen Hüttenverwaltung.

Auf diesem Wege wird die Werkleitung nicht zum Ziel kommen; wir als Mitglieder des christl. Metallarbeiterverbandes wollen keine Bevorzugung, wir wollen nur unser Recht, ordentliche Behandlung, auskömmliche Bezahlung und Arbeitszeiten, die in etwa der gesundheits-schädlichen Arbeit in den Schmelzhütten entsprechen. Nach diesem Ziele wollen wir unentwegt hinstreben, fest und treu stehen wir zu unserem Verband, darum wollen wir nicht müde werden, fortgesetzt an der Ausbreitung unserer Organisation zu arbeiten, uns selbst zu Nutz und den Gegnern unserer Sache zum Trug!

Magdeburg. Außerst schwierig ist es für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung in dem rot und gelb durchsuchten Magdeburg, vorwärts zu kommen. Der Kreis unserer Mitglieder wird deshalb vorläufig ein beschränkter bleiben, schon allein aus dem Grunde, weil bei der Mehrzahl der hiesigen Arbeiter schon das Wort „christlich“ wirkt wie ein roter Lappen auf ein bekanntes Tier. Um so notwendiger wäre es deshalb, daß diejenigen Kollegen, die sich einmal um das Banner der christlichen Gewerkschaften geschert haben, durch doppelt tege Beteiligung am Verbandleben sich die erforderlichen Kenntnisse auf arbeitswissenschaftlichem und sozialem Gebiete zu verschaffen

suchten, um so doch noch manchen Zweifler zu uns herüberziehen könnten. Wer weit gefehlt. Ein großer Teil unserer Mitglieder schläft, bis sie durch das Bekanntwerden irgend eines Versammlungsbeschlusses, der ihnen lästig oder überflüssig erscheint, ein paar Minuten aufwachen, um — zu kritisieren und zu nörgeln.

Dieses traurige Bild unverzeihlicher Interessentlosigkeit hat sich auch wieder in unserer am Sonntag, den 21. Februar, abgehaltenen Generalversammlung, in welcher die Sektion Osterleben überhaupt nicht, die Sektion Sudenburg mit etwa 2 oder 3 Kollegen vertreten war. Dieses muß in Zukunft unbedingt anders werden. Der Kassierer erstattete zunächst den Kassenbericht für das 4. Quartal und im Anschluß hieran den Jahresbericht, welchem wir folgendes entnehmen: Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 4213,80 Mk., die Ausgaben 2747,6. Mk. In die Zentrale wurden 1467,89 Mk. gesandt. Die Lokalkasse hatte einschließl. des Bestandes vom Vorjahr eine Einnahme von 2123,79 Mk., eine Ausgabe von 1118,52 Mk., mithin einen Bestand von 1005,27 Mk. Für Erwerbslosenunterstützung wurden gezahlt: 905,38 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 953,66 Mk., Maßregelungsunterstützung 193,12 Mk., Reise- und Aufenthaltsunterstützung 58,— Mk., Streikunterstützung 393,05 Mk., Sterbegeld 50 Mk. An den Bezirk wurden 296,66 Mk. abgeteilt, der Kartellbeitrag belief sich auf 58,70 Mark.

An Versammlungen fanden statt: 1 öffentliche, 62 Mitgliederversammlungen und 58 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. In der Mitgliederentwicklung sind wir leider nicht vorwärts gekommen. In der Hauptsache ist dies darauf zurückzuführen, daß hier die Krise im Anfang des Jahres 1908 voll zum Durchbruch kam. Von den Werkleistungen wurde dies nun benutzt, um Versuche in die Arbeiterorganisationen zu legen, indem organisierte Arbeiter aufs Pflaster flogen, neu eingestellte aber Mitglieder der gelben Verbände werden mußten. Besonders bei der Firma Schaffer u. Sudenburg arbeitete man mit den verwerflichsten Mitteln, um dem gelben Werkverein auf die Beine zu helfen. Die Arbeiter mußten 8 oder 14 Tage aussetzen, und wenn sie dann nach dieser Zeit wiederkamen, waren ihre Plätze von den Gelben besetzt. Die Meister liefen mit den Aufnahmescheinen umher und gaben es den Arbeitern zu verstehen, daß, wenn sie jetzt nicht den Gelben betreten, sie ebenfalls aussetzen müßten und dann entlassen würden. Wir meinen, daß sich ein solches Vorgehen einmal rächen muß und sind im übrigen der Überzeugung, daß, wenn wieder eine bessere Konjunktur eintritt, ein großer Teil dieser untreuen „Scheißer“ den Weg in die Organisation zurückfinden wird.

Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Von den Revisoren wurden zwei wieder, zwei andere neu gewählt. Die Beratung eines Lokalstatuts wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt und darauf die Versammlung geschlossen.

Kollegen von Magdeburg! Am Anfang eines neuen Jahres richten wir an Euch die dringende Bitte, die bisherige Gleichgültigkeit abzulegen. Der Vorstand und mit ihm einige wenige Kollegen sind gewiß nach Kräften bemüht, unsere Organisation vorwärts zu bringen. Dieses Bemühen scheitert aber immer wieder an dem Fehlen jeglichen Verständnisses dafür, daß es Pflicht jedes Kollegen ist, nach besten Kräften mitzuarbeiten. In erster Linie die Versammlungen zu besuchen, denn es wirkt geradezu demütigend auf diejenigen Kollegen, welche sich Mühe geben, die Versammlungen lehrreich zu gestalten, wenn dieselben so miserabel besucht sind. Darum Hand aufs Herz, Kollegen, und Besserung gelobt. Jeder einzelne muß in laufenden Jahre einmal tatkräftig mitarbeiten, damit wir trotz aller Gelben und roten Hindernisse vorwärts kommen.

Wilhelm a. M. Seit ungefähr Jahresfrist haben die Arbeiter des Karlswerk schwer unter der Krise zu leiden. In den einzelnen Bülgen folgte Abzug auf Abzug und nur in einzelnen Betrieben, wo die Organisation gut vertreten ist, war es möglich, die Abzüge ganz oder teilweise abzumehren. Es war hier so recht Gelegenheit gegeben, den Wert der Organisation während der Krise zu erkennen. Der Arbeiterchaft bemühtigte sich allmählich das Bewußtsein, daß nur durch geschlossenes, einiges Vorgehen etwas erreicht werden kann. Dieser Anschauung, welche übrigens jederzeit die Grundlage unseres Vorgehens bildet, konnte man häufig in Werkstattgesprächen begegnen. Auch die Leitung des freien Metallarbeiterverbandes glaubte dieser Stimmung der Arbeiterchaft, wenigstens scheinbar, Rechnung tragen zu müssen, denn der Vertreter desselben erklärte in einer Versammlung des Kupferwerkwerks, es müsse so weiter gearbeitet werden wie in letzter Zeit, Hand in Hand mit den übrigen Kollegen, die früheren Fehler dürften nicht mehr vorkommen.

In letzter Zeit hat sich eine Besserung der Geschäftslage bemerkbar gemacht. Die Firma ist momentan mit Aufträgen gut versehen, so daß selbst Nachtschicht in einigen Betrieben eingeführt wurde. Diese Gelegenheit muß ausgenutzt werden. Eine Versammlungsbesprechung hat inzwischen schon stattgefunden, zu der alle Drahtzieher „ohne Ausnahme“ vom sozial. Verband eingeladen waren.

Natürlich fanden sich auch unsere Kollegen dazu ein, um in gemeinsamer Arbeit an der Hebung ihres Standes mitzuwirken. Selbstverständlich hatten sie auch ihren Verbandsvertreter benachrichtigt. Als sich nun letzterer mit einigen Verbandskollegen im Lokal einfand, wurde ihm die Mitteilung gemacht, daß die Versammlung eine gescheiterte Mitgliederversammlung sei, zu der nur unorganisierte mitgebracht werden könnten. Auf unseren Einwurf, daß doch die Drahtzieher ohne Ausnahme eingeladen seien und daß auch unsere Leute Einladungen bekommen haben, wurden wir auf den Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Branchenkomitees“ hingewiesen und dies als interne Sache des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt.

Der Einladung nach zu schließen, kann sie allerdings nicht so einfach werden; jedoch wir verlassen das Lokal noch vor Beginn der Versammlung. Ein Betriebsführer des Werkes, welcher aus naheliegenden Gründen gerade in der Nähe des Versammlungsortes weilte, hatte so recht günstige Gelegenheit, sich über die „Einigkeit“ der Arbeiter zu freuen und sich wahrscheinlich nicht verkümmern, die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Auch für die Drahtzieher ist die Geschichte lehrreich. Zuerst werden alle Kollegen ohne Ausnahme eingeladen, um möglichst viele, auch Indifferente, hinzu zu bekommen. Finden sich die christlich organisierten dann nicht ein, wird darüber losgezogen, und man benützt die Gelegenheit, um den christlichen Führern eines hinauszulügen, wie erst kürzlich in einer Wundenbesprechung. Erscheinen sie aber, so wird die Versammlung als geschlossene Mitgliederversammlung erklärt und man gibt dem Unternehmertum das Schauspiel einer getrennten uneinigen Arbeiterschaft. Wohl gemerkt, dies geschieht von Leuten, welche nicht genug schimpfen können über die „Spaltung und den Arbeiterverrat“ der bösen „Christlichen“.

Drahtzieher, zieht die Konsequenzen heraus! Erkennt eure Lage, schließt Euch einem Verbands an, der wirklich gewillt ist, eure Verhältnisse zu verbessern, der auch geneigt ist, mit andersdenkenden Berufskollegen zusammen zu arbeiten und der dies jederzeit bewiesen hat. Dies ist der christliche Metallarbeiterverband!

Bochum. Mehrere schwere Unglücksfälle aus letzter Zeit in dem Werke „Stahlindustrie“, Abteilung des Bochumer Vereins in Bochum hätten leicht vermieden werden können, wenn die Unfallvorschriften besser beachtet worden wären. In einem Falle war ein Arbeiter im Schlackeneller mit dem Ausladen von Schlacken beschäftigt, während aus einem über demselben schwebenden Gouvertier flüssiger Stahl in die Gießpfannen gegossen wurde. Es sprang eine Masse flüssiger Stahl aus einer Pfanne heraus, welcher der betreffende Arbeiter so unglücklich traf, daß derselbe schwere Brandwunden erlitt und ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Es besteht eine Vorschrift, wonach beim Blasen, Mischen oder Schmelzen niemand im Schlackeneller arbeiten soll. In diesem Hessemer Betriebe ist übrigens so wenig Raum, daß die Arbeiter den Gefahren kaum ausweichen können, zumal der ganze Raum noch mit feinstem Stäubel belagert ist. Zudem ist es eine ganz aufreibende Tätigkeit für die Arbeiter in dem Schlackeneller bei einem Verdienst von 4,50 Mark bis 4,70 Mark unter der größten Hitze und Gefahr von Leben und Gesundheit. Die Arbeit ist so „geschädlich“, daß Arbeiter, welche dieselbe können, nicht für solche zu haben sind. Sie wird gewöhnlich von Disziplinarverrichteten, aber auch nur höchstens 14 Tage lang. Hinzu kommt noch, daß Arbeiter an dieser Arbeit in 14 Tagen 19 Schichten (Schicht zu 12 Stunden gerechnet) verrichten haben. Wo bleibt da Gesundheit, Familie und Menschenwürde?

Einige Tage vorher hatte sich im Martinwerk desselben Betriebes „Stahlindustrie“ ebenfalls ein schwerer Unglücksfall ereignet. Beim Gießen kam ein Arbeiter zu Fall. Der zu Hilfe eilende Arbeitskollege stürzte gleichfalls, wodurch beide sich schwere Brandwunden zuzogen. Glücklicherweise hatte der Führer des Kransens, an welchem die Gießpfanne hing, das Fallen der beiden Arbeiter bemerkt, und sofort den Krans ausser Tätigkeit gesetzt, wodurch größeres Unglück verhindert wurde.

Vorhin geschädertes sind nur einige Proben aus diesem „modernen“ Werke. Die Arbeiter aber ertragen dieses alles mit der größten Geduld, in dem festen Glauben, daß ihr Los unabänderlich sei. Ja ihr Arbeiter des Werkes „Stahlindustrie“ Bochum, unter den jetzigen Verhältnissen müßt ihr Euer Los noch so lange ertragen, bis ihr zum Mittel der Selbsthilfe, der Organisation, greift. Dazu wird Euch reichlich Gelegenheit geboten im christlichen Metallarbeiterverband.

Offenbach a. M. Am Samstag, den 27. Februar fand hier eine Arbeitslosenversammlung durch die Stadt mit Hinzuziehung der Gewerkschaften statt. Auch unsere Ortsgruppe beteiligte sich mit 10 Jähren. Soweit bis jetzt festgestellt, wurden 900 Arbeitslose gezählt. Seither schätzte man immer deren nur 500 und ist diese Zahl somit weit überholt. Das Material dieser Fählung wird gegenwärtig durch die Stadt bearbeitet und werden wir, sobald das genaue Resultat veröffentlicht wird, auch in unserem Organ näher darauf zurückkommen.

Lehrbach a. S. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der königlichen Eisenhütte zu Verbach sind derzeit unzulänglich, daß eine Verbesserung bezw. eine Reform derselben unbedingt notwendig ist. Diese Notwendigkeit ist von den Kollegen allgemein anerkannt und wird von allen empfunden, nur sind nicht alle bereit, die Vorbedingungen einer gesunden Reform zu schaffen, denn bis jetzt ist es nicht möglich gewesen, den größten Teil der Arbeiter der Organisation, unserm christlichen Metallarbeiterverband, zuzuführen. Wie es nun hier aussieht, wird vielleicht den Kollegen anderwärts ungläublich erscheinen. In der Gußpuherei wird alles im Afford gearbeitet und zwar nach Gewicht; 11 Mann sind an dieser Arbeit beschäftigt. Im Monat Januar wurden nun in 24 Schichten 62 Mark verdient, pro Schicht also rund 2,58 Mark! Darunter sind Leute, die 21 Jahre lang auf dem Werk tätig und 45 Jahre alt sind! In der Formerei wird ebenfalls im Afford gearbeitet und zwar richtet sich der Preis nach 4 verschiedenen Gußarten. Für Gerbguß und Platten werden für 100 Kilogramm 30 Pf. bezahlt, für andere schwerere Sachen pro 100 Kilogramm 40 Pf. und für Kasten- und Maschinenguß werden für 100 Kilogramm gar 66 2/3 Pf. bezahlt, endlich gibt's für 100 Kilogramm Potterieguß 1,15 Mark. Wir glauben, daß nach den mitgeteilten Preisen es keinen Formner gelüsten wird, nach hier zu kommen und sein Heil hier zu versuchen.

Besondere Klagen kommen aber aus dem Emailierwerk, worin allerdings nur 3 Kollegen beschäftigt sind. Auf der Hütte wird alles nach Schema & geregelt, so besagt denn auch ein Aushang, wieviel die Formner, Emailierer usw. dann verdienen, wenn keine Affordarbeit vorhanden ist und sie im Tagelohn beschäftigt werden. Wenn ein Formner im Tagelohn kommt, so verdient der, welcher ein Alter

von 25—30 Jahren hat, 2,60 Mk.,
 „ 30—35 „ „ 2,70 „
 „ 35—40 „ „ 2,80 „
 „ 40—45 „ „ 2,90 „
 „ 45 Jahren und mehr 3,— Mk.
 Das sind also die Tageslöhne für Formner. Für die Emailierer sind diese Sätze der Werkverwaltung scheinbar noch zu hoch, denn den Emailierern bezahlt man nur 2,50 Mk.

im Tagelohn. Die auf dem Aushang angegebenen Lohnsätze werden also von der Verwaltung nicht eingehalten.

Die Musterwerke besitzen auch die Dreher, Schlosser und Schmelzer. Bekanntlich sollen Staatsbetriebe Musterbetriebe sein, in diesem Musterwerk lernt man keine Wafschneidung, Schränke zum Aufbewahren der Kleidungsstücke sind als Partikeln sehr gesucht, so man gleich nicht, ein Raum zum An- und Umkleiden ist auch nicht vorhanden, wohl aber ein überhöhter Speiseraum, der aber auf Sauberkeit keinen Anspruch machen kann. Den Formner gehts auch in dieser Beziehung nicht besser. In Bezug auf den Lohn wissen die Dreher und Schlosser gar nicht, was sie eigentlich verdienen, es soll Wohl sein, aber dieser wird so berechnet, daß kein Dreher über 8,80 Mk. kommt. Dabei ist es kaum glaublich, was in der Werkstatt mit den vorhandenen Werkzeugmaschinen, die noch mit einer einzigen Ausnahme aus der Zeit stammen, da „der Großvater die Großmutter nahm“, alles geleistet wird.

Die Arbeiter müßten noch zufriedener sein, wenn wenigstens immer regelrecht Arbeit da wäre, aber wie oft müssen Feterschichten gemacht werden und an wie manchen Tagen kann man in Folge mangelnder Arbeit die Zeit und die Arbeitskraft nicht ausnützen. Besonders „gut“ haben es in dieser Beziehung die Formner, ob sie morgens um 7 Uhr anfangen, um 8 Uhr oder noch später, kein Mensch kümmert sich darum, es sei aber gleich dabei bemerkt, daß auch der Obermeister nicht früher zur Stelle ist, die Beamten erhalten ja trotzdem ihren vollen Gehalt, aber die Arbeiter feiern auf eigene Kosten. Dem Arbeitsmangel könnte nun mit leichter Mühe vorgebeugt werden, wenn die fiskalischen Grubenverwaltungen und ebenso die königlichen Hütten, die Silber- und Bleierz verarbeiten, ihren Bedarf an Gußteilen in der Verbacher Eisenhütte herstellen ließen, aber weit gefehlt, lieber gibt man Privatwerken die Aufträge. Vielleicht richtet das königliche Oberbergamt zu Clausthal seine Aufmerksamkeit auf diesen Punkt, es könnte manches da geändert und im Interesse des Staates fädel gebessert werden, denn es ist doch nicht richtig gehandelt, wenn der Staat seine eigenen Betriebe und die darin beschäftigten Arbeiter feiern läßt und seine Aufträge in der Privatindustrie herstellen läßt.

Die Arbeiterchaft versucht nun an ihrem Teil zu einer Reformierung der Verhältnisse beizutragen, indem sie sich teilweise dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen hat. Den Kollegen in der Verbacher war es auch durch die durch den Anschluß an die Organisation herbeigeführte Einigkeit möglich, für Ueberstunden pro Stunde einen Zuschlag von 6 Pf. zu erreichen. Die Arbeiterchaft wird gründliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist wohl nach den vorstehend mitgeteilten Verhältnissen dringend nötig, an der Arbeiterchaft der Hütte liegt es nun, zu zeigen, ob sie gewillt ist, mitzuarbeiten. Je mehr sich die Kollegen dem Verbands anschließen, desto eher kann Abhilfe geschaffen werden. Darum rufen wir allen Kollegen, die uns noch fern stehen, zu, mit einzutreten in die Reihe der Organisierten, mitzukämpfen und mitzurufen um die Gleichberechtigung unseres Standes, denn „Einigkeit macht stark.“

Soziale Wahlen.

Pippstadt Hier fanden am 25. Februar die Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Die Beteiligung an derselben war in diesem Jahre stärker als in den Vorjahren. Von den 403 abgegebenen Stimmen erhielt die christlich-nationale Liste 297, wogegen es die vereinigten Genossen und S.-D. trotz aller Anstrengung nur auf 94 Stimmen brachten. Unglücklich waren 12 Stimmen. Es wird von allgemeinem Interesse sein, die Taktik der Genossen etwas zu beleuchten. Dieselben arbeiteten schon seit langer Zeit mit einer fieberhaften Tätigkeit, um in der Ortskrankenkasse Einfluß zu gewinnen. Im Laufe des vergangenen Jahres stellte das Ortskartell der sozialdemokratischen Gewerkschaften an den Vorstand der hiesigen Ortskrankenkasse und an die Behörde den Antrag, die Verhältniswahl einzuführen. Welche Antwort den Genossen von der Behörde zu Teil geworden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Vorstand der Ortskrankenkasse dagegen machte ihnen, nachdem er den Kartellvorsitzenden der sozialdemokratischen Gewerkschaften in einer Krankenkassenvertreter-Versammlung über Verhältniswahl hatte sprechen lassen, den Vorschlag, ihren Antrag später zu erneuern, da die Zeit zur Behandlung dieser Frage zu kurz sei. Sie (die Genossen) möchten sich an das christliche Gewerkschaftskartell wenden, damit dieses ihnen einige Vertreter überlasse. Letzteres taten die Genossen und stellten beim christlichen Gewerkschaftskartell den Antrag, ihnen von den 67 zu wählenden Vertretern 15 zu überlassen. (Sehr bescheiden! D. G.) In einer darauffolgenden Sitzung beschloß das christliche Kartell, den Genossen zwei Vertreter zu gewähren, die Aufstellung derselben jedoch nicht den Genossen zu überlassen, sondern selbst vorzunehmen.

Dieser Beschluß begründete das christliche Kartell wie folgt: Da man dort, wo unsere Kollegen sich in der Minderheit befinden, dieselben auch nicht berückichtigen, sondern mit allen Mitteln gegen sie arbeiten, so haben auch wir gar keine Veranlassung, den Genossen ein von ihnen nirgends geliebtes Entgegenkommen zu zeigen. Haben diese doch verschiedentlich sogar dort, wo sie die Macht in den Händen hatten, gegen die Einführung der Verhältniswahl gestimmt (z. B. Pforzheim usw.)

Auf unsern Bescheid teilten uns die Genossen mit, daß sie für diesmal den Christlichen die Stiche alle in überlassen, sich also nicht an der Wahl beteiligen wollten. Wir hatten jedoch ihre Taktik durchgesehen. Man beachtete nämlich nichts anderes, als uns zu überstimmen. Denn wozu trieben die Genossen im geheimen so intensiv die Agitation? Trotz einem verleumderischen Schuablatt und trotz der bei

